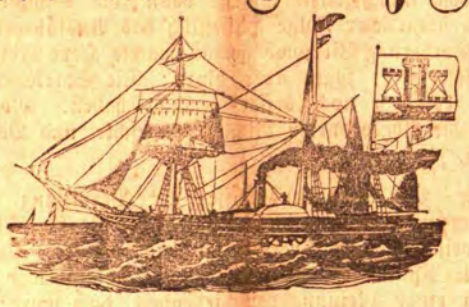
Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando **3** Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3½ Mark.
Für Rußland **3** Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-Spaltzeile von Abonnenten mit **15** R.-Pf., von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit **20** R.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile **25** R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind **spätestens** bis Nachmittag 2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten **10** R.-Pf.

№ 266. Memel, Donnerstag, den 13. November. **1879.**

Tages-Chronik.

Am 13., Nachm. 4 Uhr, im Restaurant Maszunat General-Versammlung der Milch-Magazin-Genossenschaft.

Aus dem Orient — nach dem Orient.

Es ist unbillig, über die lange Dauer der orientalischen Krisis Klage zu führen. Die Türkei ist seit fast einem Jahrhundert in der Liquidation begriffen, und diese Liquidation macht naturgemäß die langsamsten Fortschritte, weil es gar keine erdenklichen Schwierigkeiten giebt, welche derselben nicht in den Weg gestellt würden Die Gläubiger sind unter einander niemals einig, und eine Mehrzahl derselben findet sich nur dann zu einmüthigem Handeln bereit, wenn es gilt, den Ansprüchen einer Minderzahl entgegenzutreten. Für die Stelle eines Massenverwalters giebt es eben so viel Candidaten als Gläubiger; aber jeder einzelne genießt nur sein eigenes unbeschränktes Vertrauen. Sieht Jemand in diesem Selbstvertrauen einen hinreichenden Rechtstitel, so schreitet er wohl dazu, auf eigene Faust Pfandrecht zu üben; doch darf er mit Gewißheit darauf rechnen, daß er das schwer erkämpfte Pfand allen Gläubigern gegenüber zu vertheidigen haben wird. Mittlerweile führt der Cridar selbst die Verwaltung der Masse fort, und er hat gar kein Interesse daran, die Angelegenheit zu einer Klärung zu bringen, welche ein gemeinschaftliches Einschreiten der Gläubiger erleichtern könnte: er hat im Gegentheil ein sehr lebhaftes Interesse, die Verwirrung derart zu vergrößern, daß die Türkische Erbschaft ihren Reiz verliert.

Wir haben zur Charakterisirung der in der Türkei obwaltenden Verhältnisse das Bild des Concurses aus dem privaten Leben gewählt, weil wirklich alle die großen Aufgaben, die ein Staat überhaupt zu lösen hat, am letzten Ende insofern auf Geldfragen hinauslaufen, als ohne Geld keine Aufgabe gelöst werden kann. Es bleibt eine müßliche Frage, ob die Türken die Fähigkeit besitzen, ein großes Land so zu verwalten, daß es die Culturfortschritte der Menschheit wenigstens einigermaßen mitmachen kann, so lange es an jenen Mitteln fehlt, deren Mangel selbst die vorzüglichsten organisatorischen und Verwaltungskräfte lahm legen müßte. Daß die Türkei ihre Schulden nicht bezahlt, ist schlimm genug, doch darf sie sich hierbei noch auf das Beispiel zahlreicher anderer Staaten berufen, die es kaum begreifen würden, wollte man ihre Culturfähigkeit irgend wie in Frage ziehen. Es ist im Gegentheil im höchsten Grade civilisirt, seine Schulden nicht zu bezahlen, und den Gipfel der Cultur hat derjenige erreicht, der die Vermeidung der Schuldenzahlung in eine gefällige Form zu bringen versteht.

Schlimmer ist es schon, daß die Türkei ihren eigenen Beamten nicht bezahlt und somit dieselben auf den Diebstahl und die Erpressung an ihren eigenen Unterthanen anweist. Aber auch hier wäre die hohe Pforte in der Lage, sich auf sehr Untürkische Muster zu berufen, von denen wir neben den interessanten Ländern an der Donau vor allen Dingen Rußland erwähnen. Nicht etwa, daß die Russische Staatskasse sich weigerte, den Russischen Beamten das schuldige Gehalt zu zahlen; aber das Gehalt der Russichen Beamten ist so niedrig normirt, daß sie nicht umhin können, dasselbe in irgend einer Weise zu komplettiren.

In der Türkei sind die Gehalte nominell sehr hoch, aber der Beamte muß sie sich stehlen. Im Grunde kommt beides auf dasselbe hinaus. Aeußerst bedenklich ist es, daß die Türkei nicht mehr im Stande ist, ihre Armee zu bezahlen. Diese Armee, welche bewiesen hat, daß sie an Tapferkeit keiner Europäischen nachsteht, welche bei Plewna und am Schipkapaß todesmuthigen Patriotismus unwiderleglich dargethan hat, wird durch das stetige Ausbleiben des kargen Soldes zu einer bewaffneten Räuberbande. Nur eins ist es, was in der Pforte unbedingte Befriedigung findet, das ist das Bedürfniß des Serails. Bescheiden ist dieses Bedürfniß gerade nicht, dafür aber ist es unwiderstehlich. Für den Hofhalt des Sultans, welcher viele Millionen verschlingt, wird der letzte Rest der Vorräthe aufgebraucht, deren Abgang Hungersnoth unter das arme Volk trägt; für den Hofhalt des Sultans werden die letzten Capitalien verschwendet, welche schon längst sich entwöhnt haben, werbend aufzutreten.

Wenn die Nachrichten, welche diesbezüglich aus Konstantinopel und Kleinasien überhaupt kommen, nicht sehr wesentlich übertrieben sind, so stehen wir dicht vor dem Ende, davor nämlich, daß das Türkische Volk selbst seines Sultans sich entledigt und der Cridar-Massenverwalter von der Masse beseitigt wird. Die Maßnahmen Englands scheinen auf eine seltene Eventualität hinzuweisen, und England hat einen vortrefflichen Instinkt, wo seine Interessen irgend wie in Frage stehen.

Die Formel, unter welcher England sein Einschreiten in Kleinasien zu motiviren denkt, ist recht geschickt gewählt. Die Türkei hat sich zu Reformen in Kleinasien verpflichtet, und entzieht sich hartnäckig dieser Verpflichtung. England ist bereit, die Türkei zur Einlösung ihres Wortes anzuhalten.

Hier erhebt sich nun die Schwierigkeit, ob man einem einzelnen Staate gestatten dürfe, sich ein Europäisches Mandat anzumaßen. Die Eifersucht der Mächte ist im Laufe der Jahrzehnte nicht geringer geworden, und sie hat auch dadurch nicht abgenommen, daß die Zahl der Eifersüchtigen sich mittlerweile vermehrt hat. Denn es läßt sich nicht verkennen, daß jetzt auch Deutschland zu denjenigen Mächten gehört, welche dem Interessenkreise des Orients nahe gerückt sind. Dieses Interesse hat sehr wenig Aehnlichkeit mit demjenigen Englands, aber es scheint, als ob es diese Aehnlichkeit in nicht allzuferner Zeit gewinnen sollte. Die Frage ist bereits zu einer brennenden geworden, wo Deutschland seinen überschüssigen Bevölkerungszuwachs zum eigenen Heile und zum Heile dieses Ueberschusses verwenden könne. Ein Herr v. Arnim hat hierfür das schöne Schlagwort aufgebracht: „Der Ueberschuß muß ausgewandert werden!“ Die Aenderungsfrage gehört zu denjenigen Fragen, über welche eine klare Erkenntniß noch nicht gewonnen ist. Was wir zuviel an Einwohnern haben oder zuviel an Einwohnern im Laufe der Jahre durch Mehrgeburt gewonnen, muß durch Auswanderung einen Ausgleich finden, wenn wir nicht zu Chinesischen Zuständen gelangen sollen. Wir haben ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß diese Auswanderung gut geregelt werde, daß wir nicht etwa nur die wohlhabende Bevölkerung dem fernen Auslande hingeben, und nur das Proletariat zurückbehalten. Eine rationelle Colonialpolitik wird sich sehr bald als nothwendig erweisen, und für diese Colonialpolitik dürfte der Zusammenbruch der Türkei uns im Osten Spielraum geben. Nicht der kleinste Gewinn dabei würde es sein, wenn dadurch verhindert würde, daß das Mittelländische Meer zu einem Englischen Binnensee wird.

Wir wiederholen, daß die Sache noch nicht spruchreif ist. Es ist aber hohe Zeit, daß sie in ernste Erwägung gezogen wird.

Politische Uebersicht.

r. Memel, 12. November 1879.

Die Besetzung aller Preußischen **Ministerstühle** mit Reichsbeamten scheint den Bundesstaaten denn doch allzubedenklich. Wir haben bereits einige solcher Beamten à deux mains im Preußischen Ministerium. Der in erster Reihe im Reichsdienst stehende und uns vom Reiche bezahlte Reichskanzleramts-Präsident Herr Hofmann fungirt bereits als Preußischer Handelsminister, der Vicekanzler des Reichs, Graf Stolberg, ist zugleich Vicepräsident im Preußischen Ministerium, der Staatssekretär des auswärtigen Amts, Herr von Bülow, war auch Preußischer Minister und sein Nachfolger wird es wohl ebenfalls werden. Auch der Preußische Minister Graf Eulenburg hat eine Reihe von Funktionen in Reichsdiensten und nun soll zu guter Letzt das Reichsjustizamt mit dem Preußischen Justizministerium verbunden werden. Dem Bundesrath wird die Zahl der zweischläfrigen Posten nachgerade denn doch zu stark. In Wirklichkeit überträgt ja die Reichsverfassung die wichtigsten Regierungsangelegenheiten: Heereswesen, Gesetzgebung, Post 2c. von den Bundesstaaten an das Reich, den Einzelstaaten bleibt nur ein Theil interner Verwaltung und die Ausführung der Reichsgesetze übrig. Die Regierung des Reichs ruht aber in den Händen des Königs von Preußen, der zugleich Kaiser von Deutschland und in denen des Preußischen Ministerpräsidenten der zugleich Reichskanzler ist. Geht die Personal-Union nach und nach so weit, daß alle Preußischen Ressort-Minister zugleich die betreffenden Ressorts im Reiche leiten, dann wird damit die particularistische Agitation namentlich in Sachsen und Bayern sehr gefördert und das Reich selbst in Gefahr gebracht. Daneben sind die Bundesstaaten von der begreiflichen Befürchtung geleitet, die Reichsregierung könnte allzusehr von rein Preußischen Gesichtspunken ausgeführt, alle Gesetzentwürfe könnten ausschließlich Preußischen Wünschen und Bedürfnissen angepaßt sein, wenn die betreffenden Ressortvorstände des Reiches gleichzeitig oder gar in erster Reihe Preußische Fachminister sein würden. In ihrer Opposition gegen die Vereinigung des Justiz- oder gar des Finanzwesens in Preußen und im Reich, haben die Bundesregierungen die Liberalen Preußens zu Verbündeten. Beide perhorresziren die Vereinigung, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die Mittelstaaten wollen nicht, daß Preußen in der Reichsregierung allzusehr überwiege, die Liberalen Preußens scheuen dagegen das Eindringen der Reichsbeamten in das Ministerium von Preußen. Sie sehen die Selbstständigkeit der Minister gefährdet, wenn diese, in Preußen Collegen des Fürsten Bismarck, im Reiche seine Untergebenen sind.

Die Petition der **Stadt Elbing** gegen die bekannte Verfügung des Cultusministers in Sachen der Simultanschule liegt jetzt dem Abgeordnetenhause vor. Neue Thatsachen werden darin kaum aufgeführt, doch tritt die rücksichtslose und schroffe Art, mit welcher der Cultusminister in diesem vielbesprochenen Fall verfahren ist, in größter Schärfe durch das Schriftstück hervor. Das Gravirendste ist, daß die Elbinger Schulreform mit Genehmigung der Regierung zu Danzig und mit Vorwissen des früheren Cultusministers bereits nahezu vollendet war, als Herr v. Puttkamer, und zwar auf die Vorstellung von nur drei katholischen Bürgern, seinen Widerspruch erhob. Die Unterrichts-Commission des Abgeordnetenhauses wird sich mit der Angelegenheit eingehend zu beschäftigen haben.

Die Berichte über das Befinden des **Deutschen Reichskanzlers** aus Varzin werden im Auslande mit kaum geringerer Aufmerksamkeit als in irgend einem Theile Deutschlands verfolgt. Ganz besonders gilt das neuerdings von England, dessen Presse sich mit großer Sympathie über den Kanzler äußert. Was er für Deutschland geleistet, was er ihm hoffentlich noch lange Zeit leisten wird, das wird z. B. vom conservativen „Standard“ in warmen Ausdrücken den Engländern dargelegt. „An Feinden hat es ihm nie gefehlt, selbst heute noch giebt es Leute, die behaupten möchten, daß er ein Fluch Deutschlands und eine Geißel Europa's gewesen. Aber eine solche Behauptung könnte nur dann aufrecht erhalten werden, wenn man nicht nur außer Acht läßt, wie viele unmittelbaren Segnungen ihm beide zu verdanken haben, sondern welchem Schicksal das Festland und das Britische Reich preisgegeben worden wären, wenn er, statt erfolgreich zu sein, mit seinem Plan inmitten des Verlaufs Schiffbruch erlitten hätte. . . . Es giebt keinen Deutschen, der dieses Namens werth ist, der nicht zehnmal höhere Steuern zahlen und dreimal längere Dienstpflicht leisten möchte, als daß er das erniedrigende Schicksal vom Anfange des Jahrhunderts wieder ertragen wollte. Für nationale Unabhängigkeit, Würde und Kraft muß ein Preis gezahlt werden; das Deutsche Volk aber — es muß ihm zum Lobe nachgesagt werden — hat wenig Neigung gezeigt, sich den mehrfachen Opfern, die seine Einigung erforderte, zu entziehen.“

Die Verhandlungen zwischen dem Fürsten Bismarck und der **Römischen Curie** sind bis jetzt nicht über allgemeine Erörterungen hinausgekommen. Die Details des Ausgleiches sind noch nicht berührt, und man begnügt sich einstweilen von beiden Seiten mit der Wahrnehmung, daß sowohl in Rom als in Berlin der gute Wille vorhanden ist. Vermuthlich, um diesen auch äußerlich zu manifestiren, wird der Deutsche Kronprinz bei seiner Anwesenheit in Rem dam Papste einen Besuch abstatten. Man hält diesen Besuch für ein unumgängliches Erforderniß der Etikette. Der Papst wird, da er selbst den Va-

tican nicht verläßt, den Besuch des Kronprinzen durch Entsendung eines Cardinals erwidern.

Das **strategische Eisenbahnnetz**, welches Frankreich seit 1873 an seiner Ostgrenze angelegt hat, soll nun noch durch eine weitere Linie vervollständigt werden, zu welcher die Ingenieure der Ostbahn bereits die Entwürfe ausgearbeitet haben. Dieselbe zweigt bei Frouard aus dem Moselthale ab und führt nach dem an der Stelle unweit der Deutschen Grenze gelegenen Nomeny. Dadurch erhält Frankreich einen weiteren von Toul über Frouard nach Lothringen führenden directen Schienenweg. Wie die Dinge jetzt liegen, würde Frankreich bei gehöriger Vorbereitung, an der es nicht fehlen wird, in der Lage sein, unmittelbar nach erfolgter Kriegserklärung Stunde um Stunde mehrere Truppenzüge dicht vor Metz landen zu lassen, die schon nach allerkürzester Frist zu einem mächtigen Heere vereinigt werden könnten. Es versteht sich und ist schon öfters von uns gemeldet worden, daß unsere Truppen unter solchen Umständen schon seit längerer Zeit im Reichslande, namentlich aber in und bei Metz, so zu sagen im Anschlage und zum Schuß fertig liegen. Den Vorbereitungen Frankreichs gegenüber sind wir verpflichtet, ebenfalls alle irgend erforderlich erscheinenden Maßregeln zu treffen.

Japan hat einen Thronerben, wenn auch nicht von der legitimen Gattin des Kaisers. Nach Japanesischem Haus-Gesetze macht die uneheliche Geburt im Erbrechte keinen Unterschied; die Kaiserin ist kinderlos und da der einzige Sohn, der dem Kaiser früher von derselben Nebenfrau geboren wurde, kurz nach seiner Geburt starb, so ist der neugeborne Prinz, welcher die Namen Yoschi Schito erhielt, als der direkte Erbe des Thrones zu betrachten.

Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 11. November. Trotz Herrn von Heyden, welcher es sich jüngst verbat, daß man sich auf Aeußerungen berufe, die früher einmal im Abgeordnetenhause gefallen, ohne Widerspruch zu finden, waren die Herren Abg. v. Wedel-Malchow und Minister Maybach heute so frei, sich im Wesentlichen auf sehr alte Vorgänge zu stützen. Mit der Votirung der Geldsummen für die Bahn Berlin-Wetzlar soll die Frage, ob gemischtes, ob Staatsbahn-System? zu Gunsten des letzteren bereits entschieden sein. Wenn das der Fall ist, wozu dann der Lärm? Dann handelt es sich ja gar nicht mehr um eine Prinzipien- sondern nur noch um eine Geldfrage; dann handelt es sich lediglich um eine Calculation, um ein Feilschen, das höchstens wenige Millionen Mark anbetrifft. Aber, mit Verlaub: jene Frage ist noch gar nicht entschieden; die Votirung der Berlin-Wetzlarer Bahn hatte gar nicht die Bedeutung einer Umkehr zum Staatsbahnsystem; dem ist seiner Zeit ganz ausdrücklich widersprochen worden. Die Unterstellung der Herren v. Wedel-Malchow ist ein kleines Taschenspieler-Kunststück, welches übrigens in ein System gebracht zu werden scheint. Wir sehen es wenigstens kommen, daß die begeisterten Worte, mit denen Herr Maybach seine heutige Rede schloß — die Begeisterung und der patriotische Schwung sind jetzt bei den nüchternsten Dingen Mode — dereinst für das Reichs-Eisenbahn-Projekt fructifizirt werden. „Auch was wir in dieser Beziehung gewinnen, gewinnen wir Deutschland", sagte Herr Maybach. Herr v. Eynern, der nationalliberale Repräsentant der Begeisterung für die Staatsbahnidee, übersetzte die Worte des Herrn Ministers aus dem Schönen ins Deutsche und proklamirte offen das Preußische Staatsbahnsystem als unmittelbaren Vorläufer der Verwirklichung des Reichseisenbahnprojektes. Herr v. Eynern bekundete noch ein besonders maßvolles Urtheil, indem er bekannte, von der Staatsbahnverwaltung blos die Herstellung besserer, nicht aber die Herbeiführung vollkommener Zustände zu erwarten. Man kann den Mangel an Illusionen unmöglich schlagender darthun. Daß Herr v. Eynern die wahre Bedeutung der Eisenbahnvorlagen richtig erkannt hat, darauf weist auch der Umstand, daß die militärischen Rücksichten in den Regierungsmotiven so lebhaft betont werden, da doch die militärischen Angelegenheiten Sache des Reiches sind. Sehr hübsch machte sich die Erklärung des Herrn Maybach, daß er die Bedenken des Herrn von Wedell-Malchow, dem Eisenbahnminister so große Befugnisse in die Hand zu geben, nicht theile. Es ist das ein großes Ding um das unerschütterliche Selbstvertrauen! Zur Beseitigung seiner Bedenken sucht Herr v. Wedell-Malchow selbst nach Garantien, oder richtiger: er will eine Spezialkommission von 21 Mitgliedern danach suchen lassen. Diese Kommission soll überhaupt Bedeutendes leisten, und die Regierung will ihr dabei gern unter die Arme greifen. Geheimer Rath Brefeld will den Nachweis führen, daß die Uebernahme der Privatbahnen zu den verabredeten Preisen dem Staate keine Lasten auferlegen würde. Warum Herr Crefeldt das nicht öffentlich thun will, wissen wir nicht; vielleicht, weil er Geheimerath ist. — Herr Peter Reichensperger sprach gegen die Vorlage insofern, als er die zahlreichen Einwendungen vorführte, welche gegen dieselben geltend zu machen sind. Er sieht nicht recht ein, weshalb man plötzlich ein System völlig aufgeben wolle, das seit 30 Jahren bestanden. Die einzelnen Verträge müßten eingehend geprüft werden. Könne man seine Bedenken beseitigen — namentlich die Gefährdung des Staatscredits und die schwankenden Staatseinnahmen —, so werde er sich der Belehrung zugängig zeigen. Nur von dem Ankauf der „verkrachten" Hannover-Altenbekener Bahn will Herr Reichensperger bestimmt nichts wissen, hier würde die Uebernahme in Staatsbetrieb jedenfalls genügen. — Die weitesten Gesichtspunkte eröffnete Herr Virchow, der die Debatte begann. Er betonte namentlich, daß kein Ende zu finden sei, wenn bei dem Widerstreit zwischen öffentlichen und Privatinteressen regelmäßig der Staatsbetrieb eintreten sollte. Den Privatbahnen sei man für ihre Leistungen im Kriege vielmehr Dank als Tadel schuldig. Sehr nachdrücklich warnte Herr Virchow davor, die Tarifpolitik in den Dienst der Zollpolitik zu stellen. Nach den Kampfzöllen kämen dann die Kampftarife und in natürlicher Folge schließlich das Ausfuhrverbot. Der Aufforderung Virchows gemäß machte Herr Maybach seine Reverenz, fügte aber hinzu: Die Staatsbahnen würden es doch noch besser gemacht haben. Morgen werden die Abgeordneten Richter, Kieschke und Berger sprechen.

Die Bundesrathsausschüsse für Verfassung und Rechnungswesen haben sich einstimmig für die Einführung einer zweijährigen Etatsperiode im Reiche erklärt. Untergeordnete Punkte der betreffenden Präsidialvorlage begegneten einer Meinungsverschiedenheit, doch wurde die Vorlage dem Bundesrathsplenum unverändert zur Annahme empfohlen.

Der Entwurf zur Regelung der Pensionsverhältnisse der Hinterbliebenen der Reichsbeamten ist fertiggestellt und zur ressortmäßigen Behandlung gestellt worden.

Eine offiziöse Notiz dementirt die Meldung, daß der Reichsetat bereits soweit fertig gestellt sei, um einen Ueberblick zu gestatten, sowie daß für den Militairetat erhebliche Mehrforderungen gemacht wären.

Rußland.

R. **Von der Russischen Grenze,** am 12. November. Aus Riga wird unter dem 6. November über die Getreideverhältnisse berichtet: Die Situation des Produktenmarktes hat sich insofern verändert, als Verkäufer, ungeachtet des bedeutenden Rückganges der Wechselcourse, ihre seit längerer Zeit behauptete feste Haltung nicht aufgeben wollen. Käufer aber sind sehr zurückhaltend. Daher haben sich die Geschäfte in den letzten Tagen nur in sehr bemessenen Grenzen bewegt. Russischer ungedörrter 120-pfündiger Roggen wurde zu 107 und 106 Kopeken pro Pud gemacht und bleiben dazu Abgeber. Hafer mehr behauptet; Oreler Durchschnittswaare 82½ à 83 Kopeken pro Pud gemacht, Abgeber halten auf 84 Kopeken, Schlagleinsamen sehr fest; 10pfündige Russische Waare zu 2⅛ Rubel bis 2 Rubel 20 Kopeken über das Maß gemacht und Käufer; 115pfündige Roggensaat wurde mit 175 Kop. pro Pud bezahlt. Säeleinsamen in Folge größerer Zufuhr flauer. Angekommen sind bis zum 6. d. M. 62,597 Säcke, davon gepackt 37,358 Tonnen. Für puike Waare wurde noch 11⅛ Rbl., für extra puike 11⅝ bis 12 Rbl. pro Tonne bezahlt. Alle andern Artikel still. — Die umlaufenden Gerüchte über eine Modifikation der Friedensrichterinstitutionen in den Baltischen Provinzen nach dem Muster der Russischen erweisen sich als nicht ganz aus der Luft gegriffen und andererseits liegt gegenwärtig ein Anlaß zur Annahme vor, daß die allerdings in Vorschlag gebrachte Ersetzung der von den landschaftlichen und städtischen Institutionen gewählten Friedensrichter durch Kronsbeamte vorläufig nicht acceptirt werden wird. Mit dem Friedensrichterinstitut sind bekanntlich in den Ostseeprovinzen nicht die erwünschten Resultate erlangt worden: es mangelt, wie auch in allen anderen Zweigen der Selbstverwaltung, an tüchtigen Kräften, die ihre Aufgabe voll zu erfüllen im Stande sind. Wenn nun durch die neue, allerdings als temporär bezeichnete Maßregel die Zahl der Friedensrichter-Candidaten noch mehr verringert werden dürfte, als es schon in Folge der socialen Verhältnisse geschieht, so ist es allerdings nicht unmöglich, daß man, um Vacanzen und damit verbunden säumige Justiz zu vermeiden, den von der Commune gewählten Friedensrichter durch einen Kronsbeamten ersetzt. — die Russische Weichselbahn, welche bekanntlich von der Russischen Grenze bei Mlawa bis Marienburg fortgesetzt ist, erhält, wie der „Herold" mittheilt, eine neue Fortsetzungslinie von Marienburg über Marienwerder, Graudenz nach Thorn. Die neue Linie wird der Warschau-Bromberger Bahn starke Concurrenz machen. — Es gilt nunmehr als Thatsache, schreibt die Russisch-Peterb. Ztg., daß Graf Schuwalow seinen Posten in London Ende Decbr. bestimmt verlassen wird, um sich für eine Zeitlang ins Privatleben zurückzuziehen. Dieser Entschluß werde nur eine Veränderung erfahren, wenn die Beziehungen zwischen England und Rußland gespannter werden sollten, in welchem Falle Graf Schuwalow auf seinem Posten bleiben dürfte, da er mit den Verhältnissen vertrauter ist, als irgend ein neuer Botschafter es sein würde. — Aus Libau wird unter d. 5. November gemeldet: Sieht man die großen Quantitäten Baumaterial, die am Hafen lagern, und die immer wieder ergänzt werden, so muß man sich unwillkürlich fragen, woher kommt es, daß wir gezwungen sind den Bedarf aus dem Auslande zu beziehen, sind wir denn nicht im Stande, ein an Qualität und Quantität genügendes Material zu liefern? Wenngleich auch die letztere Frage bejahend zu beantworten ist, so scheitert doch die Möglichkeit an der Abneigung, Trägheit der Grundbesitzer gegen industrielle Unternehmungen, und doch ist darin dem Kapitalisten in jetziger Zeit ein sehr weites Feld geboten. Das Geld wandert in's Ausland und könnte doch leicht dem Lande verbleiben; so sind Ziegel z. B. gegen 15 Millionen eingeführt worden, trotzdem Roh- und Brennmaterial in der Umgegend vorhanden ist. Nicht nur Deutschland, sondern auch Dänemark, Norwegen und Schweden haben die Ziegel (Schweden auch große Mengen Kalk) bisher geliefert und Produzenten und Schiffsrheder einen hübschen Verdienst eingestrichen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. November. Der Französische Botschafter, Graf Saint-Vallier, ist heute der Einladung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck gefolgt und hat sich mit dem Frühzuge nach Varzin begeben. Dieser Besuch war bereits im Frühjahr verabredet und wurde nur durch das letzte Unwohlsein des Fürsten bis heute verzögert.

Straßburg, i. E. 10. November. Die Gemahlin des Statthalters, General-Feldmarschalls v. Manteuffel, welche schon längere Zeit leidend war, ist heute Abend 7 Uhr gestorben.

München, 11. November. Die Abgeordnetenkammer berieth heute die Rückäußerung des Reichsraths über das Eisenbahngesetz. Der Antrag des Ausschusses auf Wiederherstellung des Artikels 1 des Gesetzentwurfs wurde nach langer lebhafter Debatte mit 77 gegen 69 Stimmen abgelehnt. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Wien, 11. November. Das Unterhaus hat heute den Grafen Coronini als Präsidenten und die Abgeordneten Smolka und Gödel als Vizepräsidenten wiedergewählt. Der Kandidat drr Liberalen für die Posten des ersten und zweiten Vizepräsidenten Klier, blieb bei der Wahl beide Male in der Minorität.

— Die „Politische Korrespondenz" meldet aus Philippopel, daß der Generalgouverneur von Ostrumelien, Aleko Pascha, einer persönlichen Einladung des Sultans folgend, morgen nach Konstantinopel abreisen werde.

London, 11. November. Fast sämmtliche Morgen-Blätter geben einer gewissen Enttäuschung über die Rede des Premiers Ausdruck, bezeichnen dieselbe aber als im Ganzen angethan, einen beruhigenden Eindruck zu erzeugen, wobei die „Times" jedoch hervorhebt, daß die Versicherungen Lord Beaconsfield's über die Erhaltung des Friedens befriedigendere wären, wenn der Friede Europas weniger abhängig von England wäre.

Rom, 11. November. Wie verschiedene Blätter melden, ist Oberst Lanza zum Militär-Attaché in Wien ernannt worden. — Ein zufälliger Brand zerstörte die kgl. Stallungen in Florenz.

Telegraph. Dep. des Memeler Dampfb.

Berlin, 12. November. Das Abgeordnetenhaus setzte die erste Lesung der Eisenbahnvorlagen fort. Rauchhaupt und Leuschner sprechen für, Kieschke und Richter gegen die Vorlage. Im Debattenlaufe erklärte Rauchhaupt (konservativ), seiner Partei liege, obschon sie mit Hilfe der Nationalliberalen über die Majorität verfüge, demnach daran, das Centrum zur Mitarbeit am Staatswesen heranzuziehen. Die Conservativen verfolgten keine Sonderinteressen und träten im öffentlichen Interesse für das Staatsbahnsystem ein. Minister Maybach erklärte, er behalte sich bei vorgerückter Stunde die Erwiderung auf die heutigen Vorwürfe Richters für morgen vor und möchte heute nur einen Punkt sofort richtig stellen. Die gestrige Aeußerung über die Börse sei falsch aufgefaßt, er habe die Börse als solche nicht einen Giftbaum nennen wollen. Er verkenne keineswegs die große Bedeutung der Börse für das Ganze des Handels und des Verkehrsleben, wollte sich nur dagegen aussprechen, daß die Börse öffentliche Verkehrsmittel, welche der Gesammtheit der öffentlichen Interessen dienen müssen, zum Gegenstande der Spekulation mache. (Fortsetzung morgen.)

Breslau, 12. November. [Landtagsnachwahl.] Stadtrath Severin (nationalliberal) ist mit 432 Stimmen gewählt gegen 249, welche Justizrath Freud (Fortschritt) erhielt.

Von der Marine.

□ **Kiel,** 10. November. Wie schon mitgetheilt worden, traf die Admiralität im Jahre 1876 die Anordnung, daß das damals ungefähr 2 Jahre in den Chinesischen Gewässern sich aufhaltende Kanonenboot „Cyclop" dauernd dort stationirt und Offiziere sowie Mannschaften desselben in bestimmten Zeitabschnitten abgelöst und durch neues Personal ergänzt werden sollten. Diese Maßregel hat im laufenden Jahre dadurch eine Ausdehnung erfahren, daß auch das Kanonenboot „Wolf" auf längere Zeit in Ostasien stationirt bleiben soll. Bezüglich beider Fahrzeuge finden denn regelmäßige Ablösungen derart statt, daß in den ersten Tagen des Monat August jeden Jahres je eine Hälfte der Besatzungs-Mannschaften gewechselt wird. Zu diesem Zwecke wird das Ergänzungs-Personal Anfang Juni auf einem Passagier-Dampfer der Deutschen Dampfschiffs-Rhederei-Gesellschaft in Hamburg nach Shanghai übergeführt und die abgelöste Mannschaft im August nach Hamburg zurückbefördert, wo deren Eintreffen im Monat October erfolgt. Die Kosten des Transports belaufen sich durchschnittlich für Offiziere auf ca Mark 700, für Decksoffiziere auf Mark 600 und für die Mannschaft auf ca 500 pro Kopf und jede Reise hin oder zurück. Dafür werden mit Bezug auf Wohnraum und Beköstigung die Offiziere wie Passagiere der ersten Kajüte, die Decksoffiziere wie solche der zweiten Kajüte und die Mannschaft wie Zwischendecks-Passagiere behandelt werden. Die Zeit der Ueberfahrt wird mit Gewehrübungen, Musterungen, Instructionen, überhaupt mit allen dienstlichen Verrichtungen ausgefüllt, welche der Raum des Schiffes und die Umstände gestatten. Abzulösende Mannschaften, welche in Shanghai zu bleiben wünschen, kommen schon dort zur Entlassung, wenn sie nachweisen können, daß sie ausreichend lohnende Beschäftigung gefunden. Die Betreffenden erhalten in solchem Falle

on den Commandanten der Fahrzeuge, Entlassungs-Bescheinigungen, die für den Fall einer spätern Rückkehr nach Deutschland mit Rücksicht auf die Militärpflicht als Ausweis zu dienen haben.

Locales.

Memel, den 12. November.

* [Dampfschifffahrt auf dem Niemen.] Nach einer dem Tils. Tgbl. zugegangenen Mittheilung wird Preußen als Repressivmaßregel das Befahren des Memelstromes durch Russische Dampfer verbieten, da bisher die Erlaubniß für die diesseitigen, den Niemen zu befahren nicht durchgesetzt werden konnte.

* [Uebergefahren.] Aus Tapian berichtet die K. H. Z.: Durch den Memeler Dampfer „Möwe" wurde am 6. d. M. Nachmittags nach 4 Uhr unweit unserer Stadt auf der Deime in der Nähe von Groß Schleuse ein Kurischer Kahn, welcher Stinte und Möhren zum Verkauf nach Insterburg geladen hatte, übergefahren, wobei die eine Seite des Kahns vollständig zertrümmert worden ist. Der Zusammenstoß erfolgte so plötzlich, daß der auf dem Kahn befindliche Steuermann D. aus H. bei Labiau aus dem Kahn in die Deime geschleudert wurde, und da nicht sogleich Hilfe zur Stelle war, ertrank. Trotz dieses Unglücksfalls setzte der Dampfer seinen Cours ungehindert fort. Wäre die Mannschaft des Dampfers auf Deck und somit zur Hilfe zur Stelle gewesen, so hätte dem mit den Fluthen ringenden Schiffer leicht Hilfe gebracht werden können. Der Verunglückte ist Familienvater.

? [Der Martini-Umzug] ist in diesem Jahre im Memeler Landkreise ein sehr bedeutender gewesen, nicht nur gestern Tag über, auch heute noch passirte eine große Anzahl 4 spänniger Fuhrwerke, beladen mit den Habseligkeiten der Umziehenden unsere Stadt. Als Grund dieses bedeutenden Dienstwechsels werden die geringen Löhne. zu hohe Pacht für Schmand, Milch 2c. angegeben. Jeder glaubt sich bei seinem neuen Herrn zu verbessern.

—h [Gerichtliche Zustellungen.] Von den neuesten Erfindungen erscheint keine so complicirt, als die neue Gerichtsorganisation und wenn dem verflossenen Justizminister darum ein Verdienst gebührt so sind wir gottlob daran unschuldig. Wir wollen heute vorläufig nur von einer gerichtlichen Zustellung sprechen Seit einer langen Reihe von Jahren war es bei einer Vorladung genügend, wenn derselben ein Empfangschein beilag, den der Adressat vollzog. Wie soll man es sich auch einfacher denken, auch entsinnen wir uns nicht eines einzigen Falles, in welchem diese Art der Behändigung zu Unzuträglichkeiten geführt hätte. Nun höre man und staune: Jetzt wird eine Vorladung in zwei Exemplaren ausgeschrieben und dem Gerichtsvollzieher (ein neu erfundener Beamter) übergeben. Derselbe fertigt dazu zwei Zustellungsurkunden und zwei Postempfangscheine aus, so daß jede Vorladung insgesammt aus sechs Formularen besteht. Eine Hälfte erhält der Empfänger, die andere das Gericht. Die Nothwendigkeit dieser weitläufigen Manipulation vermag unser Unterthanenverstand nicht zu begreifen und müssen wir daher unsern wißbegierigen Lesern hierin die Antwort schuldig bleiben. Merkwürdig bleibt uns aber doch, daß kein einziges Formular die wirkliche Empfangsbescheinigung des Adressaten enthält. Man hat hier augenscheinlich noch ein ferneres Feld der Thätigkeit übersehen, nämlich eine weitere Menge Formulare zu entwerfen, um endlich die Unterschrift des Vorgeladenen herbeizuführen. Das ist das durch die neuen Justizgesetze verheißene vereinfachte Verfahren. Nun noch ein Weiteres: Der Gerichtsvollzieher hat die Verpflichtung, das Porto für die Ladungen vorzuschießen, das er nach einem Vierteljahre erstattet erhält. Wenn wir nun anführen, daß die tägliche Ausgabe darin in rund 10 Mark besteht und die wenigsten jener Beamten vermögend sind, so glauben wir nicht weit vom Ziele zu schießen, wenn wir behaupten, daß die Mehrzahl derselben, um dem Staate Vorschüsse von 900 Mark machen zu können, zu Darlehnen ihre Zuflucht nehmen, die sie mit Wucherzinsen aufwiegen müssen. Die darüber jetzt laut werdenden Klagen haben ihre volle Berechtigung und die Beamtenfreudigkeit ist bei diesen Beamten, wie bei vielen andern, vollständig dahin.

* [Mit dem Grenzcorrespondenten der Rigaschen Ztg.] ist wirklich schwer zu discutiren, da er, wie man zu sagen pflegt, nie bei der Stange bleibt, sondern stets auf einen ganz anderen Gegenstand überspringt, sobald er nichts mehr zu erwidern weiß. Diese bereits einmal von uns gekennzeichnete Taktik hat er auch in seiner letzten Entgegnung auf unsere Auslassungen in No. 257 befolgt. Wir hatten die Behauptung aufgestellt, daß der Grenzcorrespondent in seinen Berichten eine gewisse Animosität gegen Memel an den Tag lege und zum Beweise angeführt, daß in einem seiner letzten Briefe bei Gelegenheit der Erwähnung des neuerdings im Deutsch-Russischen Verband zur Einführung gelangten Tarifes in gebrochener Währung von den Seehäfen nur Memel nicht genannt war. Was thut nun der Grenzcorrespondent? Er läßt wohlweislich den Passus weg, in dem wir ihm eine Verwechslung der Tarife nachwiesen, druckt die ohne diese Einleitung für seine Leser nicht ganz verständlichen Schlußsätze unseres Artikels ab und kommt dann ganz unvermuthet wieder auf den direeten Eisenbahnverkehr Memels mit Stettin zu sprechen, der keinen Sinn und Erfolg habe, da die von dorther bezogenen Colonialwaaren auch für den Winter schon im Sommer in solchen Massen durch die weit billigere Schifffahrt in zu erbauenden Lagerhäusern aufgestapelt werden könnten, daß sich Memel von der Eisenbahn ganz frei machen könne. Damit wären wir also glücklich wieder am Anfange angelangt; daß ein specieller Antrag auf directe Tarife mit Stettin nicht gestellt, daß auch mit Hamburg, Leipzig und Frankfurt a./M., sowie einer großen Anzahl anderer Orte derselbe directe Verkehr verlangt wurde, wie ihn die übrigen Ostbahnstationen und namentlich Königsberg schon längst besitzen, wird einfach ignorirt, obwohl wir dies Alles in No. 233 eingehend darlegten; das noch einmal zu thun, verbietet uns die Rücksicht auf unsere Leser, denen wir damit langweilig zu werden befürchten müssen; ist es dem Grenzcorrespondenten darum zu thun, die Verhältnisse kennen zu lernen, wie sie wirklich liegen und nicht, wie er sich dieselben in seiner trotz aller schönen Phrasen überall hervortretenden Voreingenommenheit gegen Memel construirt hat, so mag er unsere Auseinandersetzung in No. 233 nochmals durchlesen und sind wir, falls er kein Exemplar mehr davon haben sollte, gerne bereit, ihm die betreffende Nummer durch die Redaction der Rigaschen Ztg. zu übermitteln. Damit ist unsere Polemik abgeschlossen; eine Fortsetzung derselben hätte keinen Zweck; wir sind nun einmal so verstockt, daß wir von den wohlwollenden Bemühungen des Grenzcorrespondenten; unseren Platz von dem Eisenbahnverkehr gänzlich auszusperren, oder wie er sich euphemistisch ausdrückt, „ganz frei zu machen", nichts wissen wollen. Wäre dieser Standpunkt richtig, dann war es überhaupt überflüssig eine Bahn zu bauen; die Transporte könnten ja auch wie früher per Achse, oder wo ein Strom vorhanden ist, auch per Wasser besorgt werden. Wir stehen mit unserer gegentheiligen Ansicht glücklicher Weise auch keineswegs allein; die Königliche Direction der Ostbahn, die jedenfalls die hiesigen Verhältnisse so leidlich kennen und auch sonst im Eisenbahnverkehr nicht ganz unbewandert sein dürfte, hat die von Memel beantragte Einbeziehung unseres Platzes in die directen Tarifverbände wiederholt und neuerdings erst wieder auf der im Juli abgehaltenen Ausschußsitzung unter Zustimmung der dort vertretenen kaufmännischen und landwirthschaftlichen Corporationen als vollkommen berechtigt anerkannt und nie die geringste Einwendung dagegen erhoben, im Gegentheil stets Schritte zur Realisirung unseres Gesuches eingeleitet; gescheitert ist die Sache regelmäßig an dem Widerspruch der Tilsit-Insterburger Bahn, obwohl dieselbe zugeben mußte, daß ihr aus den bis jetzt mit ihr vereinbarten directen Tarifen allerdings kein besonderer Gewinn, aber auch kein Verlust erwachsen sei. Einen stichhaltigen Grund für diese oppositionelle Haltung hat die genannte Verwaltung bis jetzt ebensowenig anzugeben vermocht, wie der für sie so warm eintretende Grenzcorrespondent, der sein Wohlwollen für unsere Stadt auch dadurch glänzend documentirt, daß er uns zum Schlusse behufs Hebung unseres Handels die hauptsächlich den Tilsiter Interessen zu Gute kommende direkte Eisenbahnverbindung mit Rußland via Schaulen-Moscheiki wünscht, während dieses Ziel, wie ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt und von der hiesigen Kaufmannschaft wiederholt in Petitionen an die Kgl. Staatsregierung hervorgehoben wurde, viel einfacher durch die Linie Memel-Crottingen-Moscheiki erreicht wird.

II. [Handwerkerverein.] In der Versammlung des Handwerkervereins am Montage den 10. d. Mts. hielt Herr Rechtsanwalt Geßner den dritten Vortrag über die neuen Reichsjustizgesetze und zwar diesmal über die Zwangsvollstreckung und über die Konkursordnung Hat Jemand bei Civilprozessen von der gegnerischen Partei etwas erstritten, und weigert sich diese trotzdem, den Gegner zu befriedigen, so kann letzterer zur Zwangsvollstreckung schreiten. Diese findet nur aus Endurtheilen statt, welche rechtskräftig oder für vorläufig vollstreckbar erklärt sind. Rechtskräftig ist ein Erkenntniß erst, sobald dasselbe den Parteien zugestellt und seit der Zustellung ein Monat verflossen ist, ohne daß, wie durch den Gerichtsschreiber der höheren Instanz bezeugt wird, ein Rechtsmittel dort angemeldet worden ist. Ein für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urtheil kann sofort mit der Vollstreckungsklausel versehen und vollstreckt werden. Die vorläufige Vollstreckbarkeit muß der Richter auch ohne Antrag im Erkenntniß aussprechen, wenn der Kläger die Forderung anerkannt oder gegen ihn ein Versäumnißurtheil gefällt wird, oder wenn ein Urtheil im Urkunden- oder Wechselprozesse erlassen wird. Bei anderen Streitigkeiten, namentlich zwischen Vermiethern und Miethern, Dienstherrschaft und Gesinde, Reisenden und Wirthen 2c. und ähnlichen amtsgerichtlichen Sachen, sowie wenn der vermögensrechtliche Anspruch nicht die Summe von 300 Mark übersteigt, ist der Antrag des Klägers hierzu nöthig, welcher Antrag indeß immer vor Schluß des Verfahrens eingebracht werden muß. Damit solches nicht vergessen werde, ist es gut, diesen Antrag schon der Klageschrift beizufügen. Es bleibt andererseits dem Verklagten unbenommen, gegen den Antrag auf vorläufige Zwangsvollstreckung Einwendungen zu erheben und kann der Richter auch nach Lage der Sache den Kläger mit seinem Antrage zurückweisen. Doch hat der Richter auf Antrag jedes Urtheil für vorläufig vollstreckbar zu erklären, wenn der Gläubiger glaubhaft machen kann, daß ihm die Aussetzung der Vollstreckung großen Nachtheil bringen würde, oder wenn derselbe sich erbietet, vor der Vollstreckung Sicherheit zu leisten, falls nicht andererseits der Schuldner nachweist, daß die Zwangsvollstreckung ihm einen unersetzlichen Nachtheil bringen würde Aus dem Urtheile eines ausländischen Gerichts findet eine Zwangsvollstreckung nur statt, wenn ein Urtheil auf Vollstreckung ausgesprochen ist, was durch das inländische Amts- oder, je nach dem Werthobjekt, Landesgericht, bei welchem der Schuldner seinen Gerichtsstand hat, nach Prüfung einiger hier nicht zu erörternder Momente geschehen muß. Ferner kann die Zwangsvollstreckung auch ohne vorgängiges Urtheil unmittelbar aus notariell oder gerichtlich geschlossenen Verträgen oder Vergleichen erfolgen, sobald der Schuldner in denselben sich ausdrücklich der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hat. Die Vollstreckungsklausel, welche sowohl diesen Urkunden als auch der Urtheils-Ausfertigung beigefügt werden muß, lautet: „Vorstehende Ausfertigung wird dem pp. zum Zwecke der Zwangsvollstreckung ertheilt." Selbige ist von dem Gerichtsschreiber zu unterzeichnen und mit dem Gerichtssiegel zu versehen. Zu einer Zwangsvollstreckung darf nicht eher geschritten werden, als bis der Gegner mit dem Urtheil bekannt gemacht ist, und hat demnach der Gläubiger das verurtheilende Erkenntniß von dem Gerichtsschreiber sich ausfertigen und mindestens gleichzeitig mit der Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher demselben zustellen zu lassen. Während früher die Zwangsvollstreckung spätestens binnen Jahresfrist bewirkt sein und in späterer Zeit neue Klage geführt werden mußte, giebt das neue Gesetz dem Gläubiger behufs Bewirkung der Zwangsvollstreckung eine unbeschränkte Frist. — Das Exekutionsverfahren ist nach dem neuen Gesetz ganz von dem Prozeßverfahren getrennt. Als Organe der Vollstreckung fungiren der Gerichtsvollzieher und das Amtsgericht, letzteres als Vorstreckungsgericht, das mit dem Prozeßgericht nichts gemein hat. Diese Organe sind für alle Sachen zuständig, auch für die aus dem Landgericht. Indem man dem Gerichtsvollzieher die Urkunde mit der Vollstreckungsklausel übergiebt und ihm bezüglichen Auftrag ertheilt, gilt er als Bevollmächtigter der Partei, die ihm den Auftrag gegeben Früher waren die Exekutoren nur kleinere Beträge einzuziehen befugt, die heutigen Gerichtsvollzieher dagegen dürfen Summen in jeder Höhe einziehen, und dürfte dieser Umstand jedem Gläubiger Veranlassung geben, in der Wahl des Gerichtsvollziehers vorsichtig zu sein, da ihn Niemand bei etwaigen Unterschlagungen schadlos hält — In allen Fällen, in welchen eine Geldforderung bei der Zwangsvollstreckung nicht beigetrieben werden kann, darf zur Pfändung geschritten werden. Auch bei diesem Verfahren hat das neue Gesetz neue Grundsätze aufgestellt Hatte ein Gläubiger früher eine Pfändung beantragt und hatte der betreffende Beamte die geeigneten Gegenstände aufgeschrieben, so konnten unter Umständen auch noch andere Gläubiger dieser Exekution beitreten und hatten dann alle Gläubiger an den gepfändeten Gegenständen gleiches Pfandrecht. Heute erwirbt jeder Gläubiger an dem gepfändeten Gegenstande ausschließliches Pfandrecht und wird demnächst jeder sich beeilen müssen, welcher aus dem beweglichen Vermögen eines Andern Befriedigung zu suchen hat, wenn er nicht will, daß Andere Alles vorweg nehmen und er dann leer ausgehe. Dem gegenüber ist aber der Schuldner gegen früher bedeutend mehr geschützt und sind folgende Sachen nicht der Pfändung unterworfen: 1) Kleidungsstücke, Betten, Haus- und Küchengeräthe, soweit diese Gegenstände für den Schuldner, seine Familie und Gesinde unentbehrlich sind, 2) die unentbehrlichen Nahrungs- und Feuerungsmittel auf zwei Wochen, 3) eine Milchkuh oder in deren Stelle 2 Ziegen oder 2 Schafe nebst Futter auf 2 Wochen, falls diese Thiere zur Ernährung des Schuldners, seiner Familie und seines Gesindes unentbehrlich sind, 4) bei Künstlern, Handwerkern 2c. die zur Ausübung ihres Berufs unentbehrlichen Gegenstände, 5) bei Landwirthen das zum Wirthschaftsbetriebe unentbehrliche Geräth, Vieh- und Feldinventarium, sowie auch die Erzeugnisse, welche zur Fortsetzung der Wirthschaft bis zur nächsten Ernte unentbehrlich sind, 6) bei Offizieren und Beamten aller Art die zur Ausübung ihres Berufs erforderlichen Gegenstände, anständige Kleidung, sowie ein Geldbetrag, welcher dem der Pfändung nicht unterworfenen Theile des Diensteinkommens oder der Pension für die Zeit von der Pfändung bis zur nächsten Gehalts- oder Pensionszahlung gleichkommt. In ähnlicher Weise dürfen nicht mit Beschlag belegt werden: 1) der Arbeits- und Dienstlohn; 2) fortlaufende Einkünfte aus Stiftungen, welcher Schuldner zum Unterhalt seiner Familie bedürftig ist; 3) die aus Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen zu beziehenden Hebungen; 4) der Sold und die Invalidenpension der Unteroffiziere und Soldaten; 5) die Pensionen der Wittwen und Waisen, Erziehungsgelder und Studienstipendien, sowie die Pensionen invalider Arbeiter und 6) das Diensteinkommen der Offiziere und aller Art von Beamten, sowie deren Pensionen, sobald die Bezüge die Summe von 1500 Mark nicht übersteigen; von dem überschießenden Theil ist ein Drittel der Pfändung unterworfen. Die Kosten für eine auszuführende Execution werden sich gegen früher erheblich höher stellen, und da der Antragsteller solche meistens im Voraus zu zahlen hat, diesen häufig davor zurückschrecken. Böswilligen Schuldnern, bei welchen die Execution erfolglos geblieben ist, kann der Offenbarungseid zugeschoben werden. Zu diesem Zwecke wird das Erkenntniß mit der Vollstreckungsklausel dem Gerichte eingereicht und der Schuldner vorgeladen; verweigert er den Eid, trotzdem er dazu verurtheilt wird, so kann er bis zu 6 Monaten in Haft genommen werden. Dieses Verfahren ist aber in jedem Falle für den Gläubiger sehr kostspielig, namentlich da derselbe auch für den Unterhalt des Schuldners während der Haft zu sorgen und die hierauf bezüglichen Kosten monatlich im Voraus zu entrichten hat Unterläßt er die Zahlung, so wird der Schuldner sofort aus der Haft entlassen und darf nicht mehr eingeführt werden Der Offenbarungseid wird ferner auch angewandt zur Erzwingung einer Handlung, wie es denn auch statthaft ist, über Schuldnern, die auswandern wollen, zur Sicherung der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten die Haft zu verhängen. Damit böswillige Schuldner nicht vor der Zwangsvollstreckung ihr Vermögen bei Seite schaffen, kann schon vorher auf Antrag des Gläubigers Arrest auf dasselbe gelegt werden. — Soweit über das Zwangsvollstreckungsverfahren. Es wurde nun eine Pause gemacht und nach derselben sprach der geehrte Redner über die allgemeinen Bestimmungen der Konkursordnung, worüber in der nächsten Nummer dieses Blattes Bericht erstattet werden soll.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 12. November.

Vermählt: Fleischermeister Heinrich Haase mit Gärtnerwittwe Emma Emilie Pfeifer, geb. Brauns.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Elise Wittrin mit Herrn Gustav Herrlinger, Fräul. Jenny Kauffmann mit dem Kaufmann Herrn Carl Möwing in Königsberg.

Vermählt: Herr Emil Zabel mit Fräul. Rosa Albrecht in Königsberg.

Geboren ein Sohn: Herrn Prof. Dr. Kißner, Herrn R. Conrad in Königsberg, Herrn Hugo Tiedemann in Eydtkuhnen, Herrn Amtsrichter W. Ballhorn in Saalfeld; eine Tochter: Herrn Wilhelm Kammer in Eydtkuhnen.

Gestorben: Herr Gutsbesitzer Fr. Penz auf Dösenbruch, Sohn Kurt des Herrn M. Warschauer in Königsberg, Frau Charlotte Sauerbaum, geb. Bollin, in Marschenen, Königl. General-Lieutenant z. D. und Kammerherr Sr. Majestät des Königs von Preußen, Herr Graf Richard von Kalckreuth in Puschkeiten, Herr Max Krause in Sielkeim, Frau Pelet in Lyck.

Fremden-Raport.

Victoria-Hotel. Kaufl. Schmidt aus Zittau in Sachsen, Drahota aus Greiz, Horlbogen aus Berlin, Klemke aus Libau.

British-Hotel. Staatsanwalt Kunad aus Tilsit, Versicherungs-Inspektor Lüdke aus Magdeburg, Kaufl. Mickelthwarte aus Leipzig, Haison aus Berlin.

Schiffs- und Handelsnachrichten.

Schiffsnachrichten.

Eingef.	Novbr.	Schiff	Capitän	Von	Mit	Adressirt an
1009	11	De Hoop	Pronk	Königsberg binnen durch	leer	Ordre
1010		Criminalr Brandt	Siebojds	London	Ballast	—
Ausgegangen nach						Beladen von
998	11	Wilhelm	Göhrke	Kiel	Getreide u. Holz	H. W. Plaw u. Ph. Schapiro
999		Rowena	Stobart	Rotterdam	Leinsaat	H. W. Plaw
1000		Commercial	Kroll	Stettin	Hafer	—
1001	12	August	Papenhagen	—	Stäbe	R. u. D. Pitcairn
1002		Laura	Freese	Stralsund	Dielen	C. F. Litty
1003		Gustava	Ehlert	Stettin	Stäbe	Böhning
1004		Formosa	Deas	Hull	—	W. Pietsch
1005		Bertha	Nagel	Stettin	Dielen	P. C. Ehmer und Andere

In der Fahrrinne des Seegatts 21' 3". Strom aus. Wasserstand 2' 1", Wind SO.

Aeolus — Berding — 27.10 in Newyork ausclarirt nach Glasgow
Hestia — Böttcher — 3.10 Madeira, 10.11 Charleston; geht nach Bremen.

Königsberger Producten-Bericht.

(per 1000 Kilogramm).

	Novbr. 10. R.-Mk.	Novbr. 11. R.-Mk.
Weizen, hochbunt, inländischer 129/30pfd.	218,75	218,00
Roggen, inländischer, 123/24pfd.	158,75	158,75
Gerste, inländische 107/8pfd.	143,25	143,50
Hafer, feiner inländischer	118,50	119,00
Erbsen, weiße, Kochwaare	154,50	154,75
Wicken, gute trockene	126,00	126,50
Leinsaat, mittelfeine	195,00	195,50
Kleesaat, roth, inländisch	40,00	40,00
Kleesaat, weiß, inländisch	50,00	50,00
Thymotheum, fein	21,50	21,50
Spiritus loco Geld	55,75	56,50
Spiritus loco bezahlt	55,75	56,75

Berliner Cours-Depesche.

Börse: Ziemlich fest.

	Novbr. 11 R.-Mk.	Novbr. 12. R.-Mk.
Roggen matt November-Dezember	157	156,50
Roggen April-Mai	166	165
Hafer November-Dezember	136,50	135
Petroleum loco	24,60	24,50
Spiritus loco	59,50	59,40
4½% Consolidirte Preußische Anleihe	104,60	104,10
4½% Ostpreuß. Pfandbriefe	102,60	102,70
Russ. Prämien-Anleihe von 1864	152,90	152,75
Russisch-Englische Anleihe von 1872	87	fehlt
Russ. Noten	213,70	213,70
Petersburg, 100 S.-R. 3 Monate	210,60	210,60
Amsterdam 100 fl. 2 Monate	167,20	167,20
London, 1 Lstr 3 Monate	20,23	20,23
London, 1 Lstr. 8 Tage	20,34/5	20,34/5
Belgisch- Plätze 100 Francs 2 Monat	80	80

Telegraphischer Wetterbericht für die Ostseehäfen.

Mittwoch, den 12 November.

Stationen.	Barometer. mm.	Wind.	Wetter	Temperatur. Cels.	Bemerkungen.
Memel	752,0	SO. 3	Nebel	0	Seegang ruhig.
Neufahrwasser	751,9	SSO. 2	Dunst	+ 4	
Swinemünde	748,2	S. 4	bedeckt	+ 3	do.
Kiel	744,7	SSW. 2	do.	+ 4	
Skagen	746,6	SSO. 5	do.	+ 6	Seeg. leicht bew.
Kopenhagen	746,1	S. 6	Regen	+ 4	Seeg. sehr ruhig.
Bornholm	748,1	W. 2	bedeckt	+ 3	
Stockholm	750,6	SO 2	do.	+ 1	
Riga	754,2	still	heiter	— 2	

Uebersicht der Witterung.

Barometer über Deutschland sehr stark gefallen, über Nordirland stark gestiegen, Minimum an Jütischer Küste südostwärts fortschreitend Britische Inseln starke bis stürmische nordwestliche Winde, Deutsche Küste noch ruhig, leicht bis mäßig südlich bis westlich, Wetter vielfach regnerisch.

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich

Anzeigen.

Credit=Verein.

Vorstands=Sitzung: Donnerstag, 13. Novbr. Abends 7 Uhr.

Sanssouci.

Sonnabend, den 15 November c.

Wurst - Picknik.

Restaurant Café Bismarck.

Heute **delikate Rinderfleck**, Abends **Schweinefüße mit Sauerkohl.**

Emil Panzer.

Den Herren Kegelschützen zur gefl. Nachricht, daß von heute ab das Bahngeld für die Wochentage bis auf weitere Anzeige bedeutend billiger berechne.

C. F. Daudert.

Anzeigen

für das

„Memeler Kreisblatt"

werden entgegen genommen in der Buchdruckerei und lithographischen Anstalt von

F. W. Siebert.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und Arbeiten zur Herstellung einer 340 Meter langen Gasleitung mit 9 Candelabern und Laternen behufs Erleuchtung des neuen Hafen=Bauhofes, veranschlagt zu rot. 3000 Mk., soll in öffentlicher Submission vergeben werden.

Versiegelte Offerten, versehen mit der Aufschrift: „Submission auf Gasleuchtung auf dem neuen Bauhofe" sind bis zum Submissionstermine

Sonnabend, den 22. Novbr.,

Vormittags 11 Uhr,

im Bureau des unterzeichneten Hafen=Bau=Inspectors abzugeben. Ebendaselbst liegen in den Dienststunden der Kosten=Anschlag und die Bedingungen aus; Copien derselben können auch gegen portofreie Einsendung der Copialien=Gebühren im Betrage von 2 Mark von dort bezogen werden.

Memel, den 12. November 1879.

Der Königl. Hafen=Bau=Inspector

Dempwolff.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Pflasterarbeiten incl. Materiallieferung auf dem neuen Hafen = Bauhofe, veranschlagt zu rot. 14,000 Mark, soll in öffentlicher Submission vergeben werden.

Versiegelte Offerten, versehen mit der Aufschrift: „Submission auf Pflasterarbeiten auf dem neuen Bauhofe" sind bis zum Submissionstermine

Mittwoch, 26. November c.,

Vormittags 11 Uhr,

im Bureau des unterzeichneten Hafen=Bau=Inspektors abzugeben.

Ebendaselbst liegen in den Dienststunden die Bedingungen aus; Kopien derselben können auch gegen portofreie Einsendung der Kopialien = Gebühren im Betrage von 1,5 Mark von dort bezogen werden.

Memel, den 11. November 1879.

Der Königl. Hafen=Bau=Inspector

Dempwolff.

Auction

Donnerstag, den 13. November c., Nachmitt. 2 Uhr, wollene Tücher, Schuhe, Unterhemde, Unterhosen, Regenschirme u. s. w. im Ladenlokale **Friedr.=Wilh.=Straße.**

Sablowsky, Auctionator.

Bestellungen auf die bekannten großen **Winteräpfel** aus dem Crottinger Präzentorgarten nehme entgegen

Gustav Tietz.

Strickwolle, vorzüglichster Qualität, erhielt wieder neue Sendung und empfiehlt billigst

A. Thiel, vorm. Ferdinand Weiß.

NB. **Zephir=,** Castor=, Moos=, Gobelin=, Eis=, Mohair=, Pompadour= und Persische **Wolle** in allen Farben und **bester** Qualität empfiehlt angelegentlichst. D. S.

Magdeburger Sauerkohl, do. saure Gurken

empfiehlt **Adalbert Schultz,** Börsenstr. 12.

Für die

Hannoversche Feuer-Versicherungs-Bank a. G.

Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft

„Concordia"

schließt zu billigsten Prämiensätzen Versicherungen ab

Der Haupt-Agent

Ernst Scheu jr.,

Libauerstrasse 31.

Das schon seit einer Reihe von Jahren allgemein beliebte

Aecht Amerikanische Caffee-Schrot

von Dommerich & Co. in Buckau-Magdeburg

ist das beste im Handel befindliche Caffee=Surrogat. Es enthält nur der Gesundheit durchaus zuträgliche Stoffe, ersetzt die billigeren Sorten des Bohnen = Caffees vollständig und bildet für die feineren einen höchst angenehmen Zusatz.

In Paqueten à 200 Gramm zu 20 Pf. bei folgenden Firmen zu haben:

Memel: **Ed. Alberti.**
„ **E. Appelhagen.**
„ **Otto Biensfeld.**
„ **C. H. Engel.**
„ **F W. Gebauer.**
Memel: **F. Kanschuss.**
„ **Theod. Ladscheck.**
„ **C. H. Lemke.**
„ **Werner & Kannegiesser.**

Die gewünschten billigen **Weißwaaren** habe erhalten und verkaufe zu den billigsten Preisen **Robert Lœbell.**

Festgeschenke. **Festgeschenke.**

Services!

aus feinstem Britannia-Silber

bestehend aus **Thee-** oder **Caffee-Kanne** 1 Liter Inhalt, **Milchkännchen, Zuckerdose** und **Tablett auch** aus **Britannia-Silber.**

Preis 15 Reichsmark.

Britannia Silber-Bestecke.

für jeden feinen Tisch passend.

Elegante neueste Facons und Garantie für ewige Dauer der Silber = Politur. 6 Eßlöffel Mk. 2,50. 6 Gabeln Mk. 2,50. 6 Theelöffel Mk. 1. 6 Tischmesser mit Br.=Silberheften und ff. Solinger Klingen Mk. 4. Diese 24 Stück zusammen in einem schönen Carton

10 Reichsmark.

Dessertmesser à Dutzend Mk. 7 und Dessertgabeln à Dtzd. Mk. 7. 1 Vorleger (Suppenausschöpfer) Mk. 1,50. 1 Gemüselöffel Mk. 1. 1 Milchschöpfer Mk. 1. 1 Dtzd. Messerbänkchen Mk. 3,50.

Britannia=Silber ist, nächst ächtem Silber, das Beste und Billigste, wegen der schönen Silberfarbe und da es **frei von gesundheitsgefährlichen Bestandtheilen,** wie auch von Säure nie angegriffen wird, allen anderen Fabrikaten vorzuziehen. Von medizinischen Autoritäten in Gebrauch genommen, chemisch untersucht und **als gesund** besonders empfohlen.

Versandt gegen Nachnahme unter der ausdrücklichen Garantie der Rücknahme im nicht convenirenden Falle. Ansichts=Sendungen an renommirte Leute und Firmen.

Wilhelm Heuser in Cöln a. Rhein, Isabellenstraße 7.

Von den Anerkennungsschreiben an Tausende von Familien versandten Waaren nur nachstehende Namen.

Med.=Rath Dr. Johannes Müller in Berlin, Hofrath Dr. Klinger in Steben Jos. Linn, Apotheker in Hermeskeil, Pfarrer Sackreuter in Wallenrod, W. v. Tümpling Königl. Sächs. Reg.=Rath in Bautzen.

Engl Biscuits, Huntley Palmers, London, empfing neue Sendung in reichhaltiger Auswahl und empfehle vorzugsweise die beliebten **Albert=Biscuits.**

Adalbert Schultz, Börsenstr. 12.

Gegen

Gicht & Rheumatismus

haben sich die Mössinger'schen Einreibungen vielfach als ein ganz vorzügliches und daher zu empfehlendes Mittel erwiesen. Gebrauchsanweisungen u. Brochüren über dieses Heilverfahren, sowie Atteste aus allen Ländern sind jedem Flacon gratis beigegeben. Preis pro Flacon Mk. 3.—

Zu haben in Königsberg bei Apotheker **A. Brüning,** in Gumbinnen bei Apotheker **Th. Rolle,** in Memel bei Apotheker **E. Berger,** in Tilsit bei Apotheker **O. Siemering.**

Ein großer schmiedeeiserner **Ofen** mit Einrichtung zum Kochen ist billig zu haben bei

S. Kahan, Friedr.=Wilh.=Str. 16.

Für Damen.

Nähtisch - Scheeren - Garnitur!

aus Solinger Silberstahl (Silversteel) enthaltend: **Zuschneide=, Nagel=, Stick=, Knopflochscheere mit Stellschraube** und **hochfeines Trennmesser** mit **brillantem Carton**

für nur 5 Reichsmark

Dauerhaft und unverwüstlich bei fleißigstem Gebrauch.

Garantie der Vorzüglichkeit durch Rücknahme im nicht convenirenden Falle

Wilhelm Heuser in Cöln

Isabellenstraße 7.

Werg,

nur gutes, kauft **Franz Born.**

Ein hoher Kinderstuhl

wird käuflich gesucht. Offerten in der Expedition dieses Blattes.

In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. sind mir zwei Pferde und ein braungestrichener Klapperwagen gestohlen, ein Fuchswallach, 5 Jahre alt, linker Hinterfuß weiß und weiße Blöße, ein Dunkelfuchswallach, 3 Jahre alt, weißer Stern. Wer mir zur Wiederlangung des Fuhrwerks verhilft, sichere ich eine gute Belohnung zu.

Wirth **Jurgis Skrandis,**
Stallis=Hans.

Verloren

wurde am Montag Abend, den 10. d. M., vom Wagen 1 Colli, enthaltend Eisenwaaren, 22 Klg., gez. F. S. 320/5. Der ehrliche Finder wird gebeten, qu. Colli gegen angemessene Belohnung im Comtoir Libauerstraße 28 abzugeben.

Ein tüchtiger Commis,

der längere Zeit in einem Galanterie= und Tapisserie=Geschäft gewesen ist, findet von sofort eine Stelle. Adressen nimmt die Expedition dieser Zeitung entgegen.

---

2 tüchtige Steinhauer

zum Bearbeiten von Deckplatten 2c. finden dauernde Beschäftigung am Brückenbau zu

Dt. Crottingen.

Einen gut erfahrenen **Schmiede=Gesellen** braucht von sofort

Mertins, Collaten.

Ein gebildetes junges Mädchen, welches Kenntniß von der Wirthschaft hat und in Handarbeiten geübt ist, wird gesucht Hospitalstr. 16.

Ein alleinst. ält. Mädchen sucht eine Aufwartestelle. Z. erfr. Lazarethstr. Nr. 2.

Ein anständiges Mädchen,

welches in der Wirthschaft nicht unerfahren ist und recht thätig sein will, findet Stellung Festungsstraße 1.

Eine Aufwärterin für Vormittag kann sich melden Roßgartenstraße 13.

Ein Aufwartemädchen kann sich melden Gr. Sandstraße 1. 2.

Ein möblirtes Zimmer ist billig zu vermiethen Fischerstraße Nr. 4, 1 Treppe hoch, bei **Rosenthal.**

Börsenstraße Nr. 7 ist ein freundlich möblirtes Zimmer nebst Schlafkabinet zu vermiethen. Näheres daselbst im kleinen Eckladen.

Eine freundliche Wohnung von 3 Zimmern nebst Zubehör ist billig zu vermiethen Libauerstraße 27.

Holzstr. 28 ist eine ob. Wohnung z. verm.

Subhastations=Patent.

Das den Erben des Böttchermeister Krebs gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene Grundstück Spitzhut No. 1114 mit einer Fläche von 5 Ar, 50 □Mtr., welches nach einem Nutzungswerthe von 270 Mark zur Gebäudesteuer veranlagt worden ist, wovon der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen in unserm Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 12. Januar 1880,

Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle, im Zimmer No. 18/19, im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags verkündet werden soll, wird auf

den 13. Januar 1880,

Vormittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.

Alle Diejenigen, welche Eigenthums= oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Memel, den 6. November 1879.

Königl. Amtsgericht.

Der Subhastations=Richter.

Bekanntmachung.

Das im neuen Bürgerfelde unter No. 39 belegene Ackerstück von 1 Morgen 137 □Ruthen 81 □Fuß, soll vom 1. Januar 1880 ab auf 12 Jahre anderweit verpachtet werden.

Wir haben hiezu einen Lizitations=Termin auf

Freitag, d. 14. Novbr., Vorm. 11 Uhr,

vor Herrn Stadtbaumeister Werner anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Termin um 12 Uhr Mittags, ohne Berücksichtigung etwaiger Nachgebote, geschlossen wird.

Memel, den 7. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf das Gesetz vom 31. Oktober 1848, betreffend die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Boden und die Ausübung der Jagd, bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß die Absteckung der Jagdrayons beim Plantagenfort am 29. Oktober c. erfolgt ist. Die äußere Grenze des Rayons, welche 225,95 Meter vom Fuße des Glacis entfernt ist und mit den Hauptlinien desselben parallel läuft, ist durch Pfähle bezeichnet. Innerhalb dieser Rayons darf die Jagd mit Feuergewehr nicht ausgeübt werden bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 15 bis 60 Mark, im Unvermögensfalle einer verhältnißmäßigen Gefängnißstrafe.

Memel, den 11. November 1879.

Der Magistrat.

Publicandum.

Telegraphenstangen als Anschlagssäulen zum Ankleben von Plakaten und Publikationen zu benutzen, wird hiermit verboten. — Die Gewerbetreibenden, welche von Plakaten und Publikationen Gebrauch machen, wollen die mit dem Anbringen derselben beauftragten Personen mit diesem Verbot bekannt machen und sie gleichzeitig belehren, daß Zuwiderhandlungen — falls sie nicht etwa die in den §§ 137 und 138 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Handlungen in sich fassen, welche die strafrechtliche Verfolgung begründen — auf Grund des § 360 ad 11 des Str.=Ges.=B. durch Polizeistrafen geahndet werden.

Memel, den 8. November 1879.

Stadt=Polizei=Verwaltung.

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Memel. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Rülf in Memel.

Beilage zu No. 266. des Memeler Dampfboots.

„Memeler- und Grenz-Zeitung."

Donnerstag, den 13. November 1879.

** Abgeordnetenhaus.

7. Plenarsitzung vom 11. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch: Maybach, Bitter und mehrere Commissare.

Tagesordnung: Erste Berathung der Eisenbahn-Vorlagen. (Es haben sich 5 Redner gegen und 9 für die Vorlage zum Worte gemeldet.)

Abg. Dr. Virchow (gegen): Er und seine Freunde hätten die Frage nochmals geprüft und wohl erwogen, ob sie auf dem bisher eingenommenen Standpunkt beharren müßten. Wenn er den Eindruck, den das Studium der Motive auf ihn gemacht, hier wiedergeben solle, so müsse er sagen, daß dieselben den Charakter einer Parteischrift in sich tragen. Niemand werde behaupten können, daß das Privatbahnsystem gemeinschädlich gewesen sei. Was die Privatbahnen geleistet, sei für die Staatsverwaltung nicht verloren gegangen. Der Staat lerne noch heute von den Privatbahnen und habe immer von denselben gelernt. Die Schäden, Schwächen und Mängel, von denen die Motive sprechen, seien mit dem Namen des Grafen Itzenplitz und seinem Ministerium verknüpft. Die Periode, wo die Regierung die Concessionen jenen schwindelhaften Bauunternehmern ertheilte, sei unvergessen. Biete denn die Gesammtheit der Organisation unserer staatlichen Verwaltung alle diejenigen Garantien, daß eine Periode Itzenplitz nicht wiederkehren könne? Redner hätte gewünscht, daß sich die Regierung über die Interpretation, welche sie den vielfach gebrauchten Worten: „Oeffentliches Interesse" giebt, näher ausgesprochen hätte; wie weit dasjenige öffentliche Interesse geht, welches durchaus durch die Organe der Regierung erfüllt werden muß. Es sei das eine Frage, welche einer speziellen Erörterung bedarf. Daß die Parität allein durch das Staatseisenbahnsystem hergestellt werden könne, bezweifelt Redner; anders würde man in Frankreich verfahren, dort hätte man einen allgemeinen Plan vorgelegt, und der Parität auch wirklich Rechnung getragen. Das öffentliche Interesse und das Staatsinteresse decken sich doch nicht immer. Das, was die Regierung plant, dieses Einschnüren des öffentlichen Interesses in die Schablone des Regierungsorganismus, sei das gerade Gegentheil von dem Wege, auf welchem die großen Nationen ihre Reichthümer, ihre Freiheit, ihren Wohlstand und ihre staatliche Macht entwickelt haben. Wenn man den Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses auf die Gesammtheit aller industriellen und kaufmännischen Thätigkeit ausdehnt, dann wisse man in der That nicht mehr, wo die Grenze ist, bis zu welcher die Staatsregierung glaubt, daß dieses Interesse durch die Staatsthätigkeit unmittelbar gedeckt werden muß. Seiner Ansicht nach giebt es keine Garantien, die die Sicherheit gewähren, daß das omnipotente Staatsbahnsystem auf die Dauer haltbar sei. Jedenfalls würden die Freunde des Staatsbahnsystems gut thun, eine Barriere für die staatliche Thätigkeit zu ziehen. In den Motiven ständen strategische Gesichtspunkte obenan, als wären dies die einzigen Gesichtspunkte, nach welchen man Eisenbahnen bauen und verwalten solle. Daß dieser Punkt von höchster Wichtigkeit sei, wolle er nicht in Abrede stellen, aber der Autor hätte sich doch der Dankbarkeit bewußt bleiben sollen, welche die Regierung den Privatbahnen für ihre Leistungen in den letzten Kriegen schuldet. Er (Redner) glaube, daß es genüge, wenn die Regierung ein Gesetz hat, das sie ermächtigt, in Kriegszeiten sofort jede Eisenbahn für sich in Beschlag zu nehmen. Nach dem militärischen Interesse komme eine längere Auseinandersetzung in Beziehung auf das allgemeine Staatsinteresse. In dieser Beziehung sei die Vorlage allerdings etwas ausführlicher, sie gebe mehr Anhaltspunkte, aber auch solche, welche erkennen lassen, in welcher Richtung der gegenwärtige Minister gewisse Dinge sich geordnet denkt. Es fehle an jeder Garantie dafür, wie denn alle diese Einrichtungen in unbefangener Weise beurtheilt werden sollen. Er (Redner) wolle nur die Tariffrage hervorheben, die ja Jeden beschäftigt. Der Entwurf lasse nicht erkennen, ob diese Frage im Einvernehmen mit der Landesvertretung oder unter Betheiligung von unbefangenen Organen anderer Art geregelt werden sollte. Daran möge man erkennen, daß dieses Gesetz ein ganz unvollkommenes ist. Man könne nicht einen so großen Schritt in das Staatsbahnsystem hineinthun, ohne zugleich die gesammte Verwaltung darauf hin zu prüfen, ob sie competent sein wird, diese große Aufgabe zu erfüllen. Sonst komme man dahin, daß der Minister über alle diese Fragen entscheiden kann. Die Regierung allein sei es gewesen, welche das verworrene System von nebeneinander laufenden Linien verschuldet hat. Die Regierung hätte den Bahnen nur freie Hand lassen sollen, dann hätte sich dieses Eisenbahnsystem ganz anders entwickelt. Redner zweifelt daran, daß es auf die Dauer eine Landesvertretung geben wird, welche sich mit der Aufrechthaltung des Staatsbahnsystems auch dann noch einverstanden erklären wird, wenn es sich um Zuschüsse aus den Taschen der Steuerzahler handelt. Das Land werde für diese Wohlthat der Staatsbahnen sehr bald danken. Die Frage der Parität der Tarife hält Redner von geringer Bedeutung; die Erfahrung werde hinlänglich darthun, wie weit das rein „doctrinäre Prinzip" der Parität der Tarife durchführbar sei. Der wichtigste Punkt sei die der Vorlage zu Grunde liegende Absicht, unsere Eisenbahnpolitik der allgemeinen Zollpolitik dienstbar zu machen. Man habe sich hier von einem doctrinären Standpunkt aus die Frage zurecht gelegt, während eine Summe von Ursachen vorhanden ist, die man nicht fassen kann. Wenn man das Eisenbahntarifwesen wesentlich in den Dienst der Zollpolitik stellen will, so würde daraus die tiefste Gefahr für unser Tarifwesen entstehen, dann werde die Regierung nicht in der Lage sein, für die Dauer ihre Tarife innerhalb der gedachten Grenzen zu halten, und am wenigsten sie zu ermäßigen. Redner verbreitet sich in längeren Ausführungen über unsere Zollpolitik und kommt zu dem Schluß, daß, wenn diese patrimoniale Zollpolitik so weiter geht, wenn, nachdem man den Kampfzoll gemacht, nun auch ein Kampftarif hergestellt werden soll, der nächste Schritt ein Ausfuhrverbot sein wird. Es seien das die natürlichen Consequenzen unserer Eisenbahn- und Zollpolitik. Die Eisenbahnen müßten im Wesentlichen der gewerblichen und Handelsthätigkeit des Volkes freie Bahn halten und den Staat nicht mit Lasten bedrücken. Die Vorlage bietet hiergegen keine Garantien und wenn wir mit unseren Meinungen nicht durchdringen, so haben wir es doch für unsere Pflicht gehalten, zum letzten Male unsere warnende Stimme zu erheben.

Abg. v. Wedell-Malchow: Wenn der Vorredner in dem Verfahren der Regierung einen doktrinären Zug gefunden, so müsse er demselben bemerken, daß ihm aus seinen Ausführungen ebenfalls ein doktrinärer Zug herübergeklungen sei. Er als praktischer Mann nehme das Gesetz, wie es vorliegt; er gehe dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß zwischen Staats- und gemischtem Eisenbahnsystem bereits entschieden sei. Die allgemeine Meinung habe sich schon seit langer Zeit für das Staatsbahn-System entschieden. Wenn die Herren auf der linken Seite so oft die allgemeine Meinung zu vertreten vorgeben, so möchte er (der Redner) doch auch ein Mal für die rechte Seite des Hauses dieses Recht in Anspruch nehmen. Die Konservativen sind in das Haus geschickt, die Meinung des Volks zu vertreten, und diese hat sich für das Staatsbahnsystem ausgesprochen. Wenn er zwischen Privat- und öffentlichem Interesse zu entscheiden habe, dann sei er keinen Augenblick darüber in Zweifel, daß durch die staatliche Beherrschung der Eisenbahnen das öffentliche Interesse mehr gefördert wird, als durch bloße Beaufsichtigung. Wenn der Vorredner behauptet, daß die Eisenbahnpolitik in den Dienst der Zollpolitik gestellt werden solle, so verstehe er (Redner) das nicht. Man möge Gegner oder Anhänger der Zollpolitik des Reichskanzlers sein, so werde man doch mit der Regierung darüber einverstanden sein müssen, daß der Staat die Tarife in die Hand bekommen müsse, um nicht von anderer Seite denselben Zolltarif vollständig illusorisch machen zu lassen. Hier liege aber nichts weiter vor, als der Ankauf dieser Bahnlinien. Etwas Abschreckendes finde er darin nicht, denn es sei immer nur ein Schritt auf dem Wege, der weiter gethan werden müsse. Es kann sich hier nur darum handeln, ob die Bahnen zu theuer bezahlt sind oder nicht. Das müsse man der kommissarischen Prüfung überlassen. Er sei der Meinung, daß, wenn auch Deutschland kein reicher Staat ist, die Summe doch nicht bedeutend genug sei, um unseren Staatscredit zu schwächen, es sei ein Glück, daß durch die Verwandlung der Actien in Staatspapiere eine größere Summe an sicheren Papieren geschaffen wird, als bis jetzt in Deutschland existirt. Er könne aber das Bedenken nicht unterdrücken, daß durch die Annahme der Vorlage eine große politisch wirthschaftliche Macht in die Hand eines Mannes gelegt wird. Diese Frage sei der Erwägung bedürftig. Personen wechseln, die Sachen bleiben, und das Abgeordnetenhaus werde sich deshalb der Verpflichtung nicht entziehen können — wenn auch nicht heute oder morgen —, zu erörtern, wie im Anschluß an diese Vorlage diese Angelegenheit zu ordnen ist. Es werde Fürsorge in einer Resolution getroffen werden müssen, welche sich mit der Garantiefrage beschäftigt. Redner bittet zum Schluß, die Vorlage an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung zu verweisen.

Handelsminister Maybach geht zunächst auf die Ausführungen des Abg. Virchow ausführlich ein. Er erkennt an, daß die Privatbahnen manches Gute geleistet, aber sie hätten auch manchen Schaden angerichtet. Die Exemplification auf Frankreich und England treffe nicht zu. Gerade England leide unter dem Privateisenbahnsystem; England sei bereits unter die Herrschaft der omnipotenten Gesellschaften gerathen zum Schaden des Landes. Was die militärischen Leistungen der Privatbahnen anlangt, so erkenne er dieselben vollständig an, aber er glaube doch, daß diese noch größer gewesen wären, wenn sämmtliche Bahnen in einer Hand vereinigt gewesen wären. Die Zersplitterung der Bahnen hätte dem Privatverkehr große Hindernisse bereitet. Die Parität habe Virchow mißverstanden; es handle sich um gleiche Tarife für alle Interessenten. Der Abg. v. Wedell habe ganz Recht, die Frage, ob wir zum Staatsbahnsystem übergehen wollen oder nicht, ist bereits entschieden. Diese Frage sei häufig ventilirt worden, am eingehendsten hier im Abgeordnetenhause im Jahre 1873. Damals schon sei besonders accentuirt, daß mit der Vorlage der Berlin-Wetzlarer Bahn der erste Schritt zum Staatsbahnsystem gemacht werde. Er (Redner) gehe noch weiter, und behaupte, der Uebergang vom gemischten System zum Staatsbahnsystem gehe mit der Entwicklung des Preußischen Staates Hand in Hand; die Erweiterung seines Staatsgebietes drängte zur Erweiterung seines Bahnsystems. Das Land habe sich von der Nothwendigkeit der Durchführung dieses Systems überzeugt und jeder Tag, der die Entwickelung nach dieser Richtung hindert, schädige die gewerbliche Thätigkeit und die Produktion des Landes, trage Mißstimmung in weite Kreise und es sei deshalb an der Zeit, mit den zahlreichen Systemen aufzuräumen, und endlich mit einem ernsthaften Schritt vorzugehen. Die Bedenken, welche in Bezug auf eine Erweiterung der Machtverhältnisse der Regierung erhoben werden, theile er nicht; die Beamten stehen zur Zeit unter einem Vertragsverhältniß, in Zukunft werden sie unter dem Gesetze stehen. Gegenwärtig fehle es an jeder Mitkontrole, das Aufsichtsrecht der Regierung reiche keineswegs hierzu aus, die Privatbahnen seien vollständig souverän. Er erkenne an, daß persönliche Interessen geschädigt werden. Er denke dabei nicht einmal an die Eisenbahndirektoren, an die Interessen der Börse. Aber er rechne es sich zum Verdienst an, in dieser Beziehung die Thätigkeit der Börse zu beschränken, dieser Börse, die ein Giftbaum sei in dem Leben der Nation. Der Börse die Verdienste zu beschränken, halte er für ein Verdienst der Regierung. (Beifall.) Einer Decentralisirung der Verwaltung stehe die Regierung sympathisch gegenüber; die Regierung werde die Provinzialbehörden selbstständiger ausstatten. Es sei nicht die Absicht, mehr als das, was absolut centralistisch behandelt werden muß, wie das Tarifwesen, auf die Centralbehörden übergehen zu lassen. Die localen Interessen würden auch künftig gewahrt werden. Die Regierung sieht in dem gemachten Vorschlag die einzige Möglichkeit, unser Eisenbahnwesen dem öffentlichen Interesse gemäß zu ordnen, das heißt dem Interesse, welches sich knüpft an ein gutes, billiges, wohleingerichtetes Transportwesen, an eine loyale Behandlung des Publikums und an eine solche Einrichtung, die in Bezug auf die Vertheidigung des Landes derjenigen anderer Staaten nicht nachsteht. Wir haben vor Kurzem das Jubiläum der ersten Locomotive gefeiert: möchte das Jahr 1879 für Preußen auch eine Gedenkzeit sein für die kräftige Entwickelung unseres Eisenbahnwesens, auf daß sich dasselbe enger anschließt an die Interessen des Landes, an die Interessen der Nation. Auch was wir in dieser Beziehung gewinnen, gewinnen wir für Deutschland. (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Olpe) erklärt sich gegen die Vorlage und für die Beibehaltung des gemischten Eisenbahnsystems, welches sich historisch aus unserm Eisenbahnwesen entwickelt habe. Wenn man die Privatbahnen erwerben wolle für den Staat, so sei in jedem einzelnen Falle ganz besondere Prüfung geboten, das werde aber bis zu dem festgesetzten Termine kaum hinlänglich geschehen können. Jene Bedenken, welche der Abgeordnete Virchow erhoben, theile er nicht in allen Punkten. Für das politische Wahlwesen sei das Privateisenbahnwesen nachtheiliger gewesen als die Staatsbahnen. Der Einfluß der Privatgesellschaften auf die Wahlen sei viel einseitiger und schädlicher, als es durch die Regierung jemals geschehen konnte. Wenn im Uebrigen die Sache so einfach wäre, wie der Herr Minister sie darzulegen sucht, dann wäre es die größte Unverantwortlichkeit für unsere Staatsmänner gewesen, daß sie nicht schon längst zum Staatseisenbahnsystem übergegangen sind. Die Gefahren seien auf einem anderen Gebiete zu suchen. Es werde sorgfältig zu prüfen sein, ob nicht durch den Ankauf dieser Bahnen unser Staatscredit aufs Schwerste geschädigt und der Staatshaushaltsetat sehr erheblich ins Schwanken gerathen werde. Man weiß ja, was es bedeutet, wenn sich die Einnahmen aus den Privatbahnen herabmindern. Die Actionäre können ihre Ausgaben einschränken, aber der Staat kann das nicht, er hat fixirte Ausgaben, die nicht eingeschränkt werden können. Hier werde also sorgfältige Prüfung eintreten müssen, um unseren Etat nicht sehr erheblich ins Schwanken zu bringen. Redner wendet sich sodann zu den einzelnen Bahnunternehmen, deren Ankauf durch die Vorlage gefordert wird. Die Hannover-Altenbekener Bahn bezeichnet Redner als ein verkrachtes Gründerunternehmen, welches den Werth nicht habe, der vom Staate dafür gezahlt werden solle. Er erklärt sich entschieden gegen den Ankauf dieser Bahn und bittet event. nur den Betrieb derselben zu übernehmen. Trotz aller dieser Bedenken will er die vorliegende Frage für jetzt noch als eine offene betrachten. Er erklärt sich der Belehrung zugänglich und hofft, daß die Commission mit Auf-

merksamkeit die von ihm erwähnten Punkte in Erwägung ziehen werde. (Beifall).

Regierungscommissar Geheimer Rath Brefeldt: Die Regierung sei in der Lage, durch Anführung von Thatsachen den Vortheil nachzuweisen, welcher durch Ankauf der in Rede stehenden Bahnen erzielt werde. Die Staatsregierung werde diese Darlegung in der Commission, welcher das Gesetz voraussichtlich überwiesen werde, geben.

Abg. v. Eynern spricht für die Vorlage in der Hoffnung, daß Garantien geschaffen werden, welche verhindern, daß das durchgeführte Staatsbahnsystem die Willkür im Gefolge habe. In Bezug auf die Centralisation der Verwaltung sei er bereits durch die Erklärung des Ministers befriedigt. Redner erblickt in der Vorlage den ersten Schritt zum Reichseisenbahnsystem, dessen Durchführung geboten sei gegenüber den Verwirrungen, welche in dem Eisenbahnwesen durch das gemischte System herbeigeführt worden seien. Das gesammte Transportwesen dränge zur Monopolisirung. Wenn der Staat nicht eingreife, dann führe schließlich das gemische System zu einem System der Coalition der einzelnen Gesellschaften zu großen Gesellschaftsverbänden und endlich zu derartigen Zuständen, wie sie jetzt in England bestehen und von dem Minister so richtig geschildert seien. Darum ist es nothwendig, eine vollkommene Einheit in die Leitung des Eisenbahnwesens zu bringen, wenn man sie in die Hände des Staats legt. Wenn die Privatbahnen besser rentiren als Staatsbahnen, so habe das darin seinen Grund, daß die Privatgesellschaften sich die besten Linien vorweg genommen und die schlechteren dem Staate zur Ausführung überlassen hätten. Daß das Staatsbahnsystem vollkommene Zustände herbeiführen werde, glaube er nicht, meine aber, daß es jedenfalls bessere Zustände schaffen werde.

Die weitere Berathung wird hierauf auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluß 3½ Uhr.

Romanhaft.

Erzählung von Otto Girndt.

(Fortsetzung.)

„An ihrer Hausthür fragt sie, wem sie das sichere Geleit zu danken habe. Der Herr Lieutenant erwidert, sein Name thue nichts zur Sache, und bittet sie, schnell einzutreten, denn die Verfolger sind Beiden dicht auf der Ferse. Sie vernimmt im Fliehen, wie sich draußen ein Wortwechsel entspinnt, jedoch bald in der Ferne verliert, und — still ist die Nacht. Mit Recht schreibst Du, mein lieber Andreas, daß der Zufall manchmal zum Erstaunen mit Menschen und Dingen spielt. So auch damals. Eine Woche vergeht, in der meine junge Landsmännin an nichts öfter denkt, als an ihr Abenteuer und den Befreier. Könnte sie sich wenigstens das Bild des kühnen Recken zurückrufen, wie seine weichen, angststillenden Worte, die ihr beständig im Ohr klingen! Aber ihr Schleier und der Nebel an jenem gefahrvollen Abend haben ihr sein Antlitz nur verschwommen gezeigt! Da kommt in einer Gesellschaft der sie beiwohnt, die Rede auf das Unwesen des Duells, weil die Tagesblätter gemeldet, ein Offizier habe sich nicht mit Studenten schlagen wollen und deshalb seinen Abschied nehmen müssen. Das Mädchen erschrickt auf's Heftigste, bringt ihr Erlebniß mit der Neuigkeit in Zusammenhang, und ihre Ideenassociation erweist sich als richtig. Sie schreibt an einen älteren Verwandten, ihren Vormund, der sich aufsetzt, das Regiment des Offiziers ermittelt und vom Kommandeur die volle Bestätigung des Sachverhalts empfängt. Chef und Kameraden ertheilen dem Ausgeschiedenen das Zeugniß größter Ehrenhaftigkeit und Bravour, die er in zwei Kriegen bewiesen; er habe den verlarvten Gesellen ihre Unart gegen die Dame scharf vorgeworfen, nachdem sie sich aber als akademische Bürger demaskirt, ihre Forderung zurückgewiesen. Die rohen Patrone beruhigten sich nicht dabei, verklagten ihn beim Ehrengericht, er quittirte seinen Stand, da der Zweikampf um eine Bagatelle sich nicht mit seinen Grundsätzen vertrug. Das Mädchen betrachtete sich nun als Urheberin seines Unglücks und wäre bereit gewesen, ihm all' ihr Hab' und Gut als Entschädigung für seine verlorene Lebensstellung zu bieten. Doch er hatte mittlerweile die Hauptstadt verlassen, und dem Vormund war es bei aller Bemühung nicht möglich, seine Spur zu finden, bis vor Kurzem das Gerücht hierher dringt, der scheinbar Verschollene halte sich bei Euch auf, verkehre in der Aristokratie, lebe jedoch äußerst eingeschränkt. Du kannst Dir die Wirkung denken, Andreas, besonders, wenn Du noch Eins hörst. Das Mädchen hat ihre Hand frei gehalten, weil sie — nenne Du es meinetwegen überspannt, mir ist es rührend — weil sie sich die vier Jahre hindurch stets für die heimliche Schuldnerin ihres Beschützers angesehen und mit merkwürdiger, fast prophetischer Zuversicht immer darauf gebaut, das Schicksal werde ihn ihr vor Augen führen. Apropos, dies Letzte hat mir der Vormund mitgetheilt, sie selbst weiß nicht, daß ich Dir schreibe! Suche Du jetzt aber Herrn — ich muß ihn bei seinem Familiennamen nennen — Herrn von Röder auf, sage ihm Alles und bitte ihn, herzukommen! Er soll nicht zu stolz sein, das Glück zu ergreifen! Laß ihn das Mädchen nur gesehen haben, ob er dann nicht von selbst um sie wirbt! Dies müßte er überhaupt; denn antragen wird sie sich ihm nicht, obgleich ich glaube, der unvergessene Klang seiner Stimme — — verstehst Du? Man kann sich in eine Menschenstimme verlieben!

„Schiebe die Angelenheit im Interesse des Armen nicht auf die lange Bank, bester Andreas, sei schnell, wie ich's gewesen!

„Zum Schluß: Dein Notizbuch hat sich gefunden, ich kann's Dir aber in der Eile heut nicht einpacken, Doch welchen größeren Verlust willst Du bei uns erlitten haben? Vergebens zerbrechen sich die Köpfe darüber

Selma und Ewald Jonas."

Alles, was in dem Brief stand, hatte der Senator Bingo gebilligt und dem Professor sogar die Lobeserhebung gemacht, so ganz verdorben zum Intriguanten scheine er doch nicht. Der frohe Muth, mit dem Lili's Vater sein Haus wieder betrat, nahm den aufpassenden Domestiken Steine vom Herzen. Der Herr schaute so vergnügt drein und fragte so munteren Tons nach seiner Tochter, daß die Leute ebenfalls nicht mehr gedämpft zu sprechen und leise aufzutreten brauchten, wie sie bis dahin aus Sorge um ihn gethan.

Lili erfuhr ziemlich genau, was Jonas an Steinthal zu Papier gebracht. Als Bingo sie fragte, ob sie ihrem lieben Meister jemals solch' Kunststück zugetraut hätte, daß dem Professor nichts zu schwer sei, wenn er's für Andere thue. Sie hoffte, die Beantwortung des Schreibens werde nicht auf sich warten lassen. An dem Morgen, wo Steinthal es erhalten mußte, ging sie nicht in die Malstunde, dafür aber einen Tag später, und der gute Papa begleitete sie in's Atelier.

O Erfüllung, der schönen Hoffnung schönere Tochter! Der Briefträger trägt dich in der Rechten, und in die Linke wird ihm von dem erfreuten Senator ein Markstück Trinkgeld gedrückt. Dergleichen Accidenzien wünscht sich der Beschenkte öfter, das Dreiblatt aber, welches auf Nachricht gewartet, liest, die Köpfe zusammensteckend, gleichzeitig:

„Mein theurer, bewundernswerther Magister!

„In Sack und Asche thue ich Buße für den Zweifel an Dir, Du hast mich in Wahrheit beschämt. Deiner Verzeihung bin ich unwürdig, doch an Geschwindigkeit will ich Dir wenigstens nicht nachstehen. Dein Befehl ist vollzogen. Röder hat Deinen Brief gelesen und dankt Dir tausendmal. Aber er ist keineswegs ein so armer Teufel, wie die Fama bei Euch ausgesprengt, und was das liebe Mädchen anlangt, so bitte sie, ihre prophetische Zuversicht auf eine Begegnung mit ihm fahren zu lassen! Röder würde ihr keinen besonderen Eindruck machen — mein Wort darauf! — und sich außerdem nie für sie begeistern können, da er in Folge eines neuen seltsamen Zufalls eine andere junge Dame aus Eurer Stadt so leidenschaftlich wie hoffnungslos in's Herz geschlossen.

„Du hast Dich richtig wieder selbst vergessen: wie steht's mit der Wahl? Schreib' es in mein Notizbuch und sei mit Deiner Selma allen guten Sternen empfohlen von Eurem

Andreas."

Lili wendete sich von ihren Mitlesern weg, ihre Wangen flammten.

„Den Brief cedire ich seiner hoffnungslos Geliebten!" rief Jonas ihr nach.

Bingo aber legte die Hand an's Kinn: „Was nun, Professor?"

„Ich hab's!" frohlockte Dieser. „O, ich werde noch ein klassischer Intriguant, vor dem sich zehn Wetterspitze verstecken müssen! Lassen Sie mich machen!"

Im Atelier stand ein langer Tisch, worauf Skizzen, Kreidezeichnungen und so weiter lagen. Auch Schreibzeug befand sich dabei. Der Professor ergriff das erste leere Stück Papier und warf hastig die Entgegnung an Steinthal darauf:

„So, Andreas? Herrn von Röders Herz gehört einer Andern? Wie ist's dann möglich, daß heut eine Erklärung von ihm hierher gelangt, wonach er entschieden zur Ehe mit seiner unbekannten dankbaren Anhängerin geneigt ist? Man erwartet demnächst seine persönliche Ankunft. In Eile E. J."

Jonas ließ die Feder fallen und hielt den Anderen sein Skriptum hin: „Man weise mir ein unwahres Wort nach!"

Bingo las und schlug ihm lachend auf die Schulter, ohne seinen Beifall in Worten auszudrücken.

„Ich möchte blos morgen seine Verblüfftheit sehen," fuhr Jonas fort, „und übermorgen ist unzweifelhaft seine Erwiderung da!"

„Wir finden uns zur Empfangnahme wieder bei Ihnen ein," sagte Bingo.

„Bon!" billigte der Professor, indem er die Adresse schrieb, das Vorhaben des Senators, der diesen Brief, wie den Vorgänger in den Postkasten spedirte. Lili blieb im Atelier zurück, konnte indeß keinen Pinselstrich thun. Sie wollte jetzt, daß Selma eingeweiht würde, doch der Meister widersetzte sich: „Nein! Ich habe meinen stillen Genuß an Selma's Selbstbeherrschung. Die Tugend mangelte ihr. Hören Sie, wie sie nebenan wirthschaftet? Sie muß ihres Papa's Stimme erkannt haben, aber sie wird nicht fragen,, was zwischen uns vorgeht. Lassen Sie uns nur noch einige Tage die Verschwörung ohne meine Frau fortspinnen!"

(Fortsetzung folgt.)

Provinzielles.

□ **Königsberg,** 11. November. Wir theilten neulich mit, daß die Bezirksvereine die Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen in die Hand genommen hätten. Inzwischen sind auch bereits die aufgestellten Kandidatenlisten veröffentlicht. Plötzlich taucht indessen die Nachricht auf, daß der Verein der Grundbesitzer gegen diese Kandidatenliste, Opposition macht und andere Vertreter zu wählen entschlossen ist. Details sind hierüber noch nicht bekannt geworden, doch scheint es gewiß, daß die Männer der Bezirksvereine keinen ganz mühelosen Wahlkampf zu bestehen haben werden. Unser altbekannter Hünerfürst hat in diesem Jahre schwere Prüfungen durchgemacht. Er erkrankte im Frühjahr sehr schwer. Die Aerzte suchten den Ursprung des Leidens in Leber und Milz, ohne sich selbst jedoch über das eigentliche Uebel ganz klar zu werden. Nach monatelangen Leiden hatte er sich endlich soweit erholt, daß er Anfangs vorigen Monats in einem Sinfoniekonzerte dirigirte, in den Börsenconzerten mitspielte und auch einer Generalversammlung des Musikervereins präsidirte. Plötzlich trat jedoch ein Rückfall ein der das schlimmste befürchten läßt. Es ist ein schwerer Schlag für einen Künstler, der von seiner täglichen Arbeit eine große Familie zu erhalten hat, wenn er über ein halbes Jahr lang zur Unthätigkeit verurtheilt ist. In Berücksichtigung dieser traurigen Umstände hat sich hier ein Comitee gebildet, welches für den erkrankten Künstler ein Concert arrangirt. Hoffentlich wird man von der Idee zurückkommen, dieses Concert im Saale der Todtenkopfloge zu geben. Hünerfürst ist hier so populär, daß das Interesse für ihn weit über die Kreise der Loge hinausgeht, welcher er angehört und dürfte es angethan sein, ein solches Concert auch den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. — Im Theater ging am Sonnabend zum ersten Mal Webers „Oberon" mit neuer glänzender Ausstattung in Scene. Es war in der That Alles gethan und kann man von keinem Hoftheater mehr verlangen. Ganz besonderes Interesse nahm die wahrhaft künstlerisch gemalte Wandel-Dekoration in Anspruch, die an den Augen der Zuschauer vorüberzieht, während Puck den bewußtlosen Hüre von der wüsten Insel vor Ibrahims Haus. Wenn man durch die hohle Hand sah, war die Täuschung vollkommen und man glaubte, daß die Landschaften stille standen, während Hüre im Kahn an den wechselnden Ufergestaden vorüber zu fahren schien. Das leider nicht übermäßig zahlreiche Publikum rief stürmisch den Direktor Stägemann vor. Es erschien nach minutenlangem Rufen endlich der Opernregisseur Schmidt mit dem Theatermeister. Das Publikum beruhigte sich jedoch nicht, bis endlich Stägemann vor den Lampen erschien. Von den darstellenden Mitgliedern reichen wir der „Rezia" des Frl. Galfy unbedingt die Palme. Herr Robinson — Hüon — hat viel Routine und beachtenswerthes Darstellungstalent Sein Ton ist jedoch nicht sympathisch. Bei Herrn Keps erinnert jeder Ton, jede Bewegung zu sehr an Offenbach oder Suppe, um in uns die Vorstellung eines Elfenkönigs erwecken zu können Frl. Pfeil war eine überaus anmuthige Fatime und Herr Goldberg ein putziger Scherasmin, dem das Publikum manchen heiteren Moment dankte.

LL. Königsberg, 11. November. Es ist noch nicht sechs Wochen her, da ging durch die ganze Europäische Presse, so auch durch die unserige, ein äußerst sensationell gehaltener Artikel, in welchem „auf's Ueberzeugendste" dargethan ward, daß Professor Procop Rokitansky an der Innsbrucker Klinik wahre Wunderkuren an schwer erkrankten Tuberkulotikern mittelst Einathmung von benzoesaurem Natron erzielt habe. Selten erregte eine Nachricht über eine medizinische Entdeckung solche Sensation wie diese, insbesondere in Wien, welches leider auch heute noch als eine der Brutstätten der Tuberkulose gefürchtet und berüchtigt ist. Natürlich konnten sofort die Wiener Apotheker die Nachfrage nach Natrum benzoicum nicht mehr genügen, da das Mittel angefangen hatte in den weitesten Kreisen auch ohne ärztliche Verordnung in Anwendung zu kommen. Die „bessere Praxis" fiel aber selbstverständlich dem verdienstvollen (?) Erfinder Prof. Rokitansky zu. Um jedoch dem selbstständigen Vorgehen des Publikums, welches den Verdienst des Hrn Prof schmälern müßte, Einhalt zu thun, erließ ein Assistent des Professors, Dr. Kroczek, ein Schreiben durch die Presse, welches lautete: „Unser Heilverfahren ist nur unter ärztlicher Kontrole einzuschlagen; briefliche Behandlung unmöglich u. s. w." — Es ist traurig genug, daß von einem sonst so verdienstvollen Manne, wie Prof Rokitansky es anerkanntermaßen ist, einer solchen vielleicht nicht ganz mit seinem Willen unter das Publikum verbreiteten sensationellen Nachricht Vorschub geleistet wird, wie er es durch sein Schweigen dem Sachverhalte gegenüber bisher gethan. Er selbst hatte ja nur mitgetheilt, daß von fünfzehn Kranken, die er mit Natrum benzoicum behandelt, die drei schwersten nach ca. 2 Monaten „geheilt" entlassen worden. Nähere Begründung wollte er später mittheilen. Ehe das geschah, — es ist noch nicht geschehen, — bemächtigte sich die Oeffentlichkeit seiner Methode. Anstatt die Reklame abzuschütteln, reiste der klinische Professor herum, um seine Einathmungskuren einzuleiten, empfängt zahlreiche Freunde, die auf die Mittheilungen in den politischen Blättern herbeieilen — und er schweigt der ärztlichen Welt gegenüber, welcher er eine greifbare Basis für ihr Urtheil geben wollte. Unterdessen ist das Mittel in aller Welt, auch in unserer Klinik, angewandt worden und hat kein anderes Resultat ergeben, als es überhaupt bisher die sogenannte Desinfizientia, wie z. B. das lange zu Einathmungen verwandte Terpentin, gegeben haben. Doch die definitive Mittheilung des Herrn Procop Freiherrn v. Rokitansky ist nun erschienen. Und was brachte sie? Wo sind die Beweise für die von mancher Seite als unrichtig bezweifelten Diagnosen? Vergebens sucht sie der wissensdurstige Leser in der Abhandlung, die nur so zwischen den Zeilen eine etwas vorsichtigere Richtung hat, er findet nur weitläufig die Methode der Einathmung des Natrum benzoicum. Und was muß von dieser Methode gehalten werden, wenn in demselben Blatte, wo dieselbe veröffentlicht ward, ein Andrer auf Grund sicherer Experimente veröffentlicht, daß bei dieser Einathmungsmethode gar nichts in die Lungen selbst, höchstens etwas in die obersten Luftwege gelange. Aber Herr von Rokitansky will sich sein Geschäft nicht verderben. Liest man das, was neuerdings wieder von Innsbruck aus durch die politischen Blätter verbreitet wird, so merkt man, wie Rokitansky einlenkt: jetzt heißt es bereits, daß er die Einathmungen von benzoesaurem Natrum nicht als ein spezifisch wirksames Heilmittel der Tuberkulose der Lungen betrachte, sondern nur als einen „wesentlichen und ergänzenden Bestandtheil eines Verfahrens, welches dahin zielt, die Ernährung des Kranken durch Zuführung frischer Luft, kräftigender Kost und durch Lungengymnastik zu erzielen."

Danzig, 10. November. Am Sonnabend ist dem Abgeordnetenhause die vom 28. October datirte Petition der städtischen Behörden zu Elbing in der dortigen Simultanschul-Angelegenheit zugegangen Das umfangreiche Schriftstück, unterzeichnet von dem Hrn. Oberbürgermeister Thomale und den Stadtverordneten Grunau, Dr. Jacobi und Reimer, umfaßt mit seinen 22 Anlagen eine ansehnliche Zahl von Druckbogen. Die Petition weißt nach, daß die Stadt Elbing allein für die Errichtung neuer Schulhäuser in jüngster Zeit eine Summe von gegen 600,000 Mk. aufgewendet habe, ähnliche Opfer habe die Commune für die innere Organisation gebracht; die Petition recapitulirt dann die bisher in der dortigen Schulorganisations-Angelegenheit erlassenen Verfügungen und Anträge sowie die sonstigen Vorgänge und führt den Beweis, daß zu dem Vorgehen der städtischen Behörden die ausdrückliche Genehmigung der competenten Staatsbehörde ertheilt worden, daß sonach dem bekannten Erlaß des Hrn. v. Puttkamer vom 14. October, welcher sich darauf stützt, daß zu der Einrichtnng der Knabenschulen in Elbing in paritätische die Staatsgenehmigung noch nicht ertheilt sei, jeder Boden entzogen und die Behauptung des Ministers eine irrthümliche sei. In diesem Falle aber durfte der Minister „die in Jahre langer Arbeit, mit Mühe und Kosten ins Leben gerufene Einrichtung nicht ohne Weiteres durch seinen Machtspruch zertrümmern." Die Petition schließt mit dem Antrage, das Abgeordnetenhaus möge die Staatsregierung zur Aufhebung der in Rede stehenden Anordnung des Cultusministers auffordern.

(Danz. Ztg.)

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Memel. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Rülf in Memel.